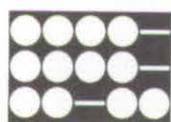


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

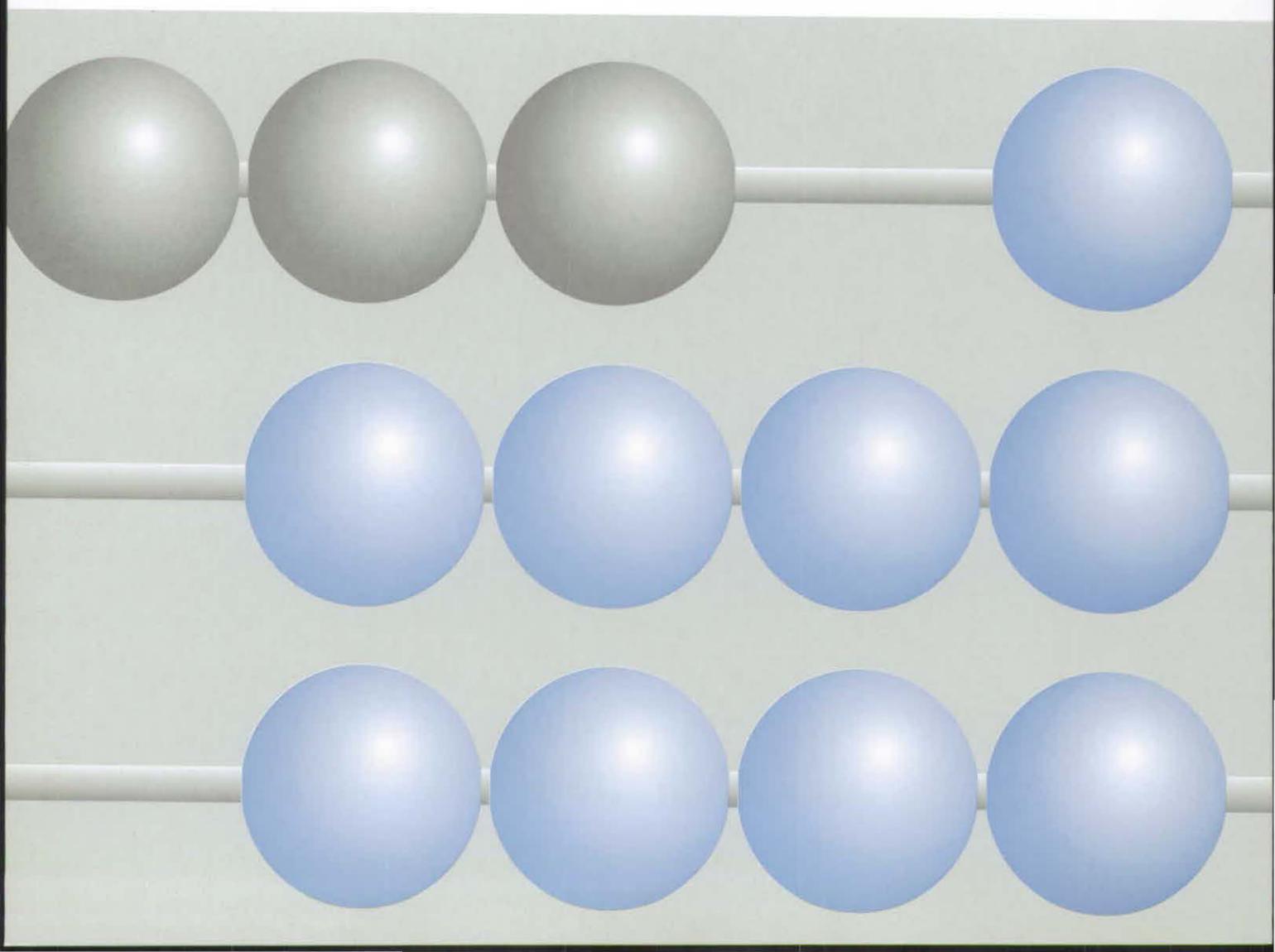


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



50. Jahrgang, Heft 9, September 1998

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 11 41
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0
Telefax (04 31) 68 95-4 98

Schriftleitung:
Fritz Wormeck
App. 2 46

Vertrieb:
App. 2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947 - 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

50. Jahrgang • Heft 9

September 1998

Inhalt • *Kurz gefaßt* 178

Ertragsenerwartungen bei Getreide, Auftragslage, Schlachtungen, Straftaten, Vorsorge- und Rehaeinrichtungen, Straßenverkehrsunfälle, Studierende, Fremdenverkehrsbetriebe, Kindertageseinrichtungen, Baugenehmigungen, E-Mail

• *Aufsätze*

Kommunalwahl 1998

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 181

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Wahl zu den Gemeindevertretungen im Rahmen der Kommunalwahl 1998 kommentiert. Der Autor beschreibt den Erfolg der Parteien sowie Wählergruppen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen und vergleicht die Ergebnisse 1998 mit der Wahl 1994. Neben regionalen Aspekten der Stimmenverteilung werden auch die Frauenanteile in den Gemeindeparlamenten aufgezeigt.

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1995 189

Der Autor geht kurz auf allgemeine Probleme der Abwasserbeseitigung ein, bevor er ausführlicher die Entsorgungsstruktur der schleswig-holsteinischen Bevölkerung im Jahre 1995 darstellt. Die Entsorgung der Haushalte von Abwasser erfolgt grundsätzlich über die Sammelkanalisation, der Grad der Entsorgung ist abhängig von der Bevölkerungsdichte: In bevölkerungsreichen Gemeinden beträgt der Entsorgungsgrad fast 100 %, es gibt aber auch dünn besiedelte Gemeinden ohne Sammelkanalisation. Vergleiche mit früheren Ergebnissen verdeutlichen dem Leser den Ausbau des Kanalnetzes und damit auch die im Zeitablauf erhöhten Entsorgungsgrade. Im weiteren geht der Autor auf die regional unterschiedlich hohen Abwasseraufkommen ein, danach beschreibt er eingehend die Kapazitäten und Technologien der Abwasserbehandlungsanlagen sowie deren Einzugsbereiche.

• *Entwicklung im Bild* 195

• *Beilage*

Zahlenbeilage

Hohe Ertragserwartungen bei Getreide und Raps nicht erfüllt

Nach der zweiten, noch vorläufigen Ernteberechnung kann mit einer Getreideernte von 2,4 Mill. t gerechnet werden. Bei einer Anbaufläche von – wie 1997 – 309 000 ha sowie geringen Anbauverschiebungen zwischen den einzelnen Getreidearten wird die diesjährige Getreideernte voraussichtlich um 6 % unter der des Vorjahres liegen. Mit 1,5 Mill. t entfallen allein 61 % auf den Weizen.

Nach einem guten Aufwuchs im vergangenen Herbst, einer geringen Auswinterung sowie einem frühen Vegetationsbeginn entwickelten sich die Bestände der Winterfeldfrüchte und Sommergetreidearten unter günstigen Niederschlags- und Temperaturverhältnissen vom Frühjahr bis zur Mitte dieses Jahres sehr gut. Wechselhafte naß-kühle Witterung – verbunden mit hohem Krankheitsdruck und Lager – vom Frühjahr bis zur Ernte beeinträchtigten die Kornfüllung und verhinderten, daß das Ertragspotential ausgeschöpft und nach 1997 wieder Rekorderträge erzielt werden konnten. Regnerische Witterung im Juli und August erschwerten die Erntebergung bei Getreide und Raps und verursachten Ernteverzögerungen, Ernteverluste sowie verbreitet hohe Kornfeuchten im Erntegut und dadurch hohe Trocknungskosten.

Nach den vorläufigen Berechnungen wird im Landesmittel mit einem durchschnittlichen Getreideertrag von 79 dt/ha (1997: 84 dt/ha) gerechnet. Wenn auch die Hektarerträge des Vorjahres nicht erreicht werden, so werden sie jedoch bei allen Getreidearten über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre liegen. Ertragsstärkste Getreideart bleibt mit durchschnittlich 85 dt/ha (1997: 91 dt/ha) der Winterweizen, gefolgt von der Wintergerste mit 78 dt/ha (1997: 86 dt/ha).

Bei einer in Jahresfrist um ein Zehntel auf 91 000 ha ausgeweiteten Anbaufläche sowie einen voraussichtlichen Hektarertrag von 37 dt/ha errechnet sich eine Erntemenge an Raps und Rübsen (überwiegend Winterraps) von 0,34 Mill. t, die um 7 % über der des Vorjahres liegt

Gute Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe überschritten im Juli 1998 den entsprechenden Vorjahreswert um fast ein Viertel. Hierfür waren vor allem die um nahezu die Hälfte gestiegenen Aufträge aus dem Ausland maßgeblich. Dieser Zuwachs ist allerdings in hohem Maße auf einen Großauftrag im Schiffbau zurückzuführen. Die Auftragseingänge von inländischen Kunden weisen mit einem erneuten

kräftigen Plus (8,5 %) eine erfreuliche Stabilisierung auf.

Der im Juli 1998 zu registrierende Umsatzrückgang um 6,1 % wurde durch das Minus von 19 % im Auslandsgeschäft hervorgerufen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß der Auslandsumsatz im Juli des Vorjahres durch die Abrechnung eines Großauftrages außergewöhnlich hoch war und somit ein Basiseffekt aufgetreten ist.

Die Zahl der Beschäftigten ging zwar gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,0 % oder gut 2 800 Personen zurück, im Vergleich zum März diesen Jahres, dem Monat mit der geringsten Beschäftigtenzahl im Jahre 1998, sind im Juli 1998 per Saldo bereits wieder 1 350 Personen mehr im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins tätig. Die gegenüber dem Bundesgebiet (+ 0,2 % gegenüber Juli 1997) ungünstigere Beschäftigtenentwicklung in Schleswig-Holstein ist unter anderem auf das Fehlen der zur Zeit im Bund als Antriebskraft wirkenden Automobilindustrie (+ 5,8 %) zurückzuführen.

Die Schlachtungen im Juli 1998

Im Juli 1998 wurden in Schleswig-Holstein 124 000 Schweine, 30 000 Rinder und 11 000 Schafe in- und ausländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Damit erhöhte sich die Zahl der Schweineschlachtungen gegenüber Juli 1997 um 20 %, während sich die Zahl der Rinderschlachtungen um 13 % und die der Schafschlachtungen um 22 % verringerte.

Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war mit 21 000 t um 2 % höher als im Juli 1997.

40 % der Verurteilungen wegen Straftaten im Straßenverkehr

An den schleswig-holsteinischen Strafgerichten ergingen 1997 insgesamt 22 367 Verurteilungen, dies sind 29 weniger als im Vorjahr. Während die Zahl der nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten um knapp 1 % auf 19 964 stieg, nahm die Zahl der Verurteilungen im Bereich des Jugendstrafrechts um 6,5 % auf 2 403 ab.

Die größte Deliktgruppe war auch 1997 die der „Straftaten im Straßenverkehr“ mit 9 014 (40 %) Verurteilungen, gefolgt von „Diebstahl und Unterschlagung“ mit 4 770 (21 %) und „anderer Vermögensdelikte“ mit 2 976 (13 %).

Nicht alle Verfahren wurden mit einer Verurteilung beendet. 725mal entschieden die Gerichte auf Frei-

spruch, 4 127mal wurde das Verfahren eingestellt und von einer Strafe abgesehen, und 14mal erging eine Entscheidung, bei der auf eine Maßregel erkannt wurde.

Insgesamt wurden somit 27 233 Strafverfahren an den schleswig-holsteinischen Gerichten abgeschlossen, 150 Aburteilungen weniger als im Vorjahr.

Mehr Betten, weniger Patienten – Vorsorge- und Rehaeinrichtungen 1997 geringer ausgelastet

Das Jahr 1997 zeichnet sich bei den Vorsorge- oder Rehaeinrichtungen in Schleswig-Holstein durch erhöhte Bettenkapazität, weniger Patienten und eine kürzere Behandlungszeit aus. Bei einem Anstieg der Bettenzahl in den 86 Einrichtungen des Landes von 2,5 % auf jetzt 12 289 ging die Zahl der stationär behandelten Patienten um knapp 10 % auf 110 500 zurück.

Auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten reduzierte sich, und zwar von 29,3 Tagen im Jahre 1996 auf nur noch 25,7 Tage im Berichtsjahr. Damit ging die Gesamtzahl der geleisteten Pflegetage gegenüber dem Vorjahr mit knapp 21 % sehr stark zurück.

Zurückzuführen sind diese Entwicklungen auf eine Reform der gesetzlichen Rahmenbedingungen und eine veränderte Gewährungspraxis bei Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern für Behandlungen und Kuren im Vorsorge- oder Rehabereich, die zum 1. Januar 1997 in Kraft traten.

Der Rückgang bei den Patienten wurde gleichzeitig von einem Rückgang der Beschäftigten in den Einrichtungen begleitet. So waren 1997 noch lediglich 415 Ärzte und Ärztinnen hauptamtlich an diesen Einrichtungen beschäftigt, 6 % weniger als 1996. Etwas geringer war der Rückgang bei den nichtärztlichen Mitarbeitern. Hier wurden 5 326 gezählt, 150 oder 2,7 % weniger als 1996.

Straßenverkehrsunfälle im Juni 1998

Im Juni dieses Jahres war die Polizei mit 5 103 Straßenverkehrsunfällen auf Schleswig-Holsteins Straßen befaßt, das waren 6,3 % weniger Unfälle als im Juni 1997.

Unfälle mit reinem Sachschaden (3 782) erfaßte die Polizei 6,5 % weniger als im Juni des Vorjahres. Von diesen Unfällen waren 286 schwerwiegend, oder es war Alkohol im Spiel.

Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (1 321) verringerte sich um 6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Verletzten (1 720) lag um 9,5 % unter der des Vorjahres. Es verunglückten 18 Personen tödlich, 8 Personen weniger als vor einem Jahr.

Insgesamt verunglückten damit in den letzten 12 Monaten auf den Straßen Schleswig-Holsteins 285 Menschen tödlich.

Studentinnen und Studenten im Wintersemester 1997/98

Im Wintersemester 1997/98 waren an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 43 277 Studentinnen und Studenten immatrikuliert, dies sind 2,7 % weniger als im Wintersemester zuvor. Davon studierten 25 734 (59,5 %) an Universitäten, 15 312 (35,4 %) an Fachhochschulen, 1 788 (4,1 %) an Verwaltungsfachhochschulen und 443 (1,0 %) an der Lübecker Musikhochschule.

Der Anteil der Studentinnen an den Hochschulen betrug 41 %, ihre Beteiligung war jedoch in den verschiedenen Hochschularten sehr unterschiedlich. Mit einem Anteil von knapp 56 % waren an der Musikhochschule Lübeck deutlich mehr Frauen als Männer immatrikuliert, an den Universitäten betrug der Anteil der Frauen knapp 51 %. Die Verwaltungsfachhochschulen verzeichneten einen Studentinnenanteil von 31 %, und an den Fachhochschulen waren nur 24 % der Einschriebenen weiblich.

An den Hochschulen des Landes waren 2 311 ausländische Studierende eingeschrieben, von denen die meisten ein Universitätsstudium absolvierten. Die relativ größte ausländische Studentenschaft hatte die Musikhochschule Lübeck, an der jeder vierte Studierende eine ausländische Staatsbürgerschaft besaß.

Fremdenverkehrsbetriebe paßten das Angebot an Fremdenbetten an

4 913 Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten und 280 Campingplätze gab es in Schleswig-Holstein am 1. Juli 1998. Das waren 116 Beherbergungsbetriebe weniger als noch zur Jahresmitte 1997. Die Zahl der Campingplätze blieb gleich. Das Angebot an Gästebetten, das für den Reiseverkehr bereitstand, nahm um 470 oder 0,3 % auf insgesamt 177 000 Betten ab.

Fast acht von zehn Betten wurden an der Nord- und Ostsee angeboten. In den Küstenorten der Nordsee und auf den Inseln verringerte sich der Bestand zum Vorjahr um 0,9 % auf 62 700, an der Ostsee mit der

Insel Fehmarn nahm er um 0,2 % auf 75 700 Fremdenbetten zu. In diesen regional geschlossenen Küstengebieten liegen auch die prädikatisierten Nord- und Ostseebäder, wo insgesamt sechs von zehn Fremdenbetten bereitstanden. Betriebe in Nordseebädern und Ostseebädern nahmen jeweils ihr Angebot überdurchschnittlich um 1,6 % zurück. Im Binnenland verringerten die Beherbergungsbetriebe ihr Bettenangebot um 0,3 % binnen Jahresfrist auf nunmehr 30 900 Fremdenbetten.

Neben der regionalen Ausrichtung des Angebots an veränderte Bedingungen des Tourismusmarktes im Lande spiegeln auch Kapazitätsanpassungen bei den Anbietern unterschiedlicher Betriebsarten diesen Anpassungsprozeß. So ging etwa binnen Jahresfrist das Bettenangebot im klassischen Hotelleriesegment um 1,2 % zurück. Getragen wurde diese Entwicklung von Hotels garnis (-3,6 %), Pensionen (-2,8 %) und Gasthöfen (-8,8 %). Die Hotels, die neben der reinen Übernachtung u. a. ein Restaurant für Gäste und Passanten bieten, stockten ihr Bettenangebot dagegen um 1,3 % auf.

Die größte Anzahl Fremdenbetten gibt es in Ferienhäusern, -wohnungen und -zentren des Landes. 0,5 % mehr als noch 1997 ließen sich in größeren (9 und mehr Betten) Betrieben nachweisen. Mit den Einsparungen im Gesundheitswesen sind naturgemäß die Kapazitäten in Sanatorien und Krankenhäusern nicht mehr gewachsen. Die nunmehr 61 Beherbergungsstätten unter ärztlicher Leitung, die für angereiste kleine und große Kurgäste im Lande da sind, besaßen 9 500 Betten (-0,5 %).

Finanzielle Förderung von Kindertageseinrichtungen betrug 1997 knapp 440 Mill. DM

Während 1995 und 1996 aufgrund der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz die finanzielle Förderung von Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein sehr stark angestiegen war, so scheint sich 1997 eine gewisse Konsolidierung vollzogen zu haben. Während die Ausgaben für diesen Bereich 1996 noch um 17 % gestiegen waren, ist 1997 nur noch eine Steigerung von 0,8 % auf 437 Mill. DM festzustellen.

Der Leistungsbereich der Kindertageseinrichtungen nimmt unter den Ausgaben der Jugendhilfe auch 1997 mit 47 % den größten Anteil ein. An zweiter Stelle stehen die Ausgaben für die Hilfe zur Erziehung mit 297 Mill. DM (32 %). Hierunter fallen unter anderem die Ausgaben für Heimerziehung und Erziehung in betreuten Wohngruppen mit 119 Mill. DM und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Vollzeitpflege mit 48 Mill. DM.

Insgesamt wurden 1997 im Bereich der Jugendhilfe 927 Mill. DM an Fördermitteln ausgegeben, dies waren 1,4 % mehr als 1996.

Baugenehmigungen fast auf Vorjahresniveau

In den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von 12 400 Wohnungen, 0,6 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Ursache hierfür liegt hauptsächlich im Geschoßwohnungsbau. Mit 4 300 Wohnungen wurden 17,2 % weniger Wohnungen in Mehrfamilienhäusern genehmigt als 1997. Diese Entwicklung konnte durch die Nachfrage nach Eigenheimen nicht kompensiert werden, die aber immerhin um 14,1 % auf 6 900 Wohnungen in geplanten Ein- und Zweifamilienhäusern stieg. Im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sind 1 200 Wohnungen vorgesehen, 2,8 % weniger als im Vorjahr.

E-Mail - ein neuer Briefkasten für das Statistische Landesamt

Jährlich erreichen tausende von Anfragen nach Daten, Informationen oder Veröffentlichungen das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein. Informationswünsche konnten dabei bisher auf den herkömmlichen Wegen – telefonisch, schriftlich, per Fax oder auch persönlich – übermittelt werden.

Ab sofort steht allen Nutzern und Kunden der amtlichen Statistik hier im Lande zusätzlich auch ein elektronischer „Briefkasten“ offen.

Unter der Adresse:

statistik-sh@t-online.de

können Bestellungen, Anfragen und Nachrichten rund um die Uhr über den E-Mail-Dienst im Internet an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes übermittelt werden.

Für diejenigen, die noch keine technische Möglichkeit zur Nutzung dieses schnellen und zudem kostengünstigen Kommunikationsweges haben, ist das Amt natürlich auch weiterhin erreichbar unter:

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
Postfach 11 41
24100 Kiel

Besucheradresse:
Fröbelstr. 15-17, 24113 Kiel
Tel.: 04 31/68 95-0,
Fax: 04 31/68 95-4 98

Kommunalwahl 1998

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden

In Heft 7/1998 dieser Zeitschrift wurde über die Ergebnisse der Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und Kreisen berichtet. Mit dem folgenden Beitrag, der die Ergebnisse der Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden erläutert und präsentiert, wird das Thema „Kommunalwahl 1998“ abgeschlossen. Die hier vorgelegten Ergebnisse berücksichtigen nicht, daß die durch die kommunalen Wahlausschüsse zunächst festgestellten endgültigen Wahlergebnisse und Sitzverteilungen in einigen Fällen im Wege von Wahlprüfungsverfahren geändert werden mußten.

Mehr Wahlkreise und mehr Mitglieder in den Gemeindevertretungen

Bei der Wahl zu den Gemeindevertretungen bewerben sich Kandidaten und Kandidatinnen in Wahlkreisen nach dem Prinzip der Mehrheitswahl sowie aus der Gemeindevote einer Partei oder Wählergruppe aufgrund des Verhältnisausgleichs. Die Zahl der Sitze in der Gemeindevertretung richtet sich dabei nach der vom Statistischen Landesamt fortgeschriebenen Bevölkerungszahl der Gemeinde zum Stichtag 31. Dezember des dritten Jahres vor der Wahl (§ 7 Abs. 3 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG -). Bei der Wahl 1998 war also der 31. Dezember 1995 maßgebend. In Gemeinden mit bis zu 70 Einwohnern werden allerdings keine Vertretungen gewählt, an die Stelle der Gemeindevertretung tritt hier die Gemeindeversammlung (§ 7 Abs. 2 GKWG).

Die Tabelle rechts zeigt die Zahl der nach § 8 GKWG zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter nach Gemeindegrößenklassen sowie die Zahl der Mandate in den kreisangehörigen Gemeinden des Landes insgesamt, die sich daraus ergibt.

Je nach Gemeindegrößenklasse können die Wählerinnen und Wähler bis zu sieben Stimmen abgeben, und zwar entsprechend der Zahl der in den Wahlkreisen zu wählenden unmittelbaren Vertreterinnen und Vertreter. Für eine Gemeinde mit zum Beispiel 1 251 bis 2 000 Einwohnern sind sieben unmittelbare Vertreterinnen und Vertreter in einem Wahlkreis zu wählen. Bei Gemeinden über 10 000 Einwohnern hat der Wähler nur noch eine Stimme, da je Wahlkreis nur noch ein unmittelbarer Bewerber zu wählen ist. Die Zahl der unmittelbaren Vertreter und die Zahl der Wahlkreise sind hier also identisch.

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998:
Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter, Wahlkreise und Stimmen je Wahlberechtigten in den Gemeinden gemäß §§ 8 und 9 GKWG nach der Gemeindegrößenklasse

Gemeindegrößenklasse von ... bis ... Einwohner	Vertreter/-innen insgesamt	unmittelbare Vertreter	Listenvertreter	Wahlkreise	Stimmen je Wahlberechtigten
Bis 70	—	—	—	—	—
71 - 200	7	4	3	1	4
201 - 750	9	5	4	1	5
751 - 1 250	11	6	5	1	6
1 251 - 2 000	13	7	6	1	7
2 001 - 5 000	17	9	8	3	3
5 001 - 10 000	19	10	9	5	2
10 001 - 15 000	23	12	11	12	1
15 001 - 25 000	27	15	12	15	1
25 001 - 35 000	31	17	14	17	1
35 001 - 45 000	35	19	16	19	1
Mehr als 45 000	39	21	18	21	1

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998:
Gemeinden und ihre Vertreterinnen und Vertreter gemäß § 8 GKWG nach der Gemeindegrößenklasse

Gemeindegrößenklasse von ... bis ... Einwohner	Gemeinden	Vertreter/-innen insgesamt	Unmittelbare Vertreter	Listenvertreter
Bis 70	30	—	—	—
71 - 200	116	812	464	348
201 - 750	495	4 455	2 475	1 980
751 - 1 250	193	2 123	1 158	965
1 251 - 2 000	106	1 378	742	636
2 001 - 5 000	98	1 666	882	784
5 001 - 10 000	41	779	410	369
10 001 - 15 000	19	437	228	209
15 001 - 25 000	19	513	285	228
25 001 - 35 000	6	186	102	84
35 001 - 45 000	1	35	19	16
Mehr als 45 000	2	78	42	36
Insgesamt	1 126	12 462	6 807	5 655

Bei der Gemeindewahl 1998 in den 1 096 kreisangehörigen Gemeinden (1994: 1 098) mit mehr als 70 Einwohnern waren insgesamt 12 462 Vertreterinnen und Vertreter zu wählen (1994: 12 312), davon 6 807 unmittelbar in den Wahlkreisen und 5 655 aus den GemeindefListen. In Folge des Bevölkerungswachstums seit 1994 sind eine Reihe von Gemeinden in die nächsthöhere Größenklasse aufgestiegen, weshalb 1998 mit 2 185 auch 139 Wahlkreise mehr zu bilden waren als bei der Wahl davor. 1994 waren gegenüber der Wahl 1990 nur 61 Wahlkreise dazugekommen.

Weniger Parteien-, mehr Wählergruppenbeteiligung

Zur Kommunalwahl 1998 bewarben sich gegenüber 1994 weniger Parteien, dafür mehr Wählergruppen. Parteienkandidaturen gingen von insgesamt 1 495 im Jahre 1994 auf jetzt 1 480 Gemeinden zurück. Die Zahl der angetretenen Wählergruppen erhöhte sich im gleichen Zeitraum ein weiteres Mal, nämlich von 1 257 auf 1 267. Im einzelnen beteiligten sich landesweit folgende Parteien:

- SPD in 609 Gemeinden (1994: 625)
- CDU in 595 Gemeinden (1994: 599)
- GRÜNE in 72 Gemeinden (1994: 59)
- F.D.P. in 121 Gemeinden (1994: 139)
- SSW in 76 Gemeinden (1994: 64)
- ödp in 3 Gemeinden (1994: 1)
- STATT Partei in 4 Gemeinden (1994: 6)

Die GAL und die Bürgerpartei, 1994 noch jeweils in einer Gemeinde angetreten, traten 1998 nicht mehr an.

Die Zahl der Gemeinden mit einer Einheitsliste, d. h. es tritt hier nur eine Wählergruppe und keine Partei an, erhöhte sich auch 1998 weiter, und zwar von 249 auf 251. Der landesweite Präsenzverlust der etablierten Parteien hielt also auch 1998 an, während die Wählergruppen ihre Bewerbungen ausbauten. In einer Reihe von Gemeinden kandidierten mehrere verschiedene Wählergruppen gleichzeitig. Zu jeder anstehenden Wahl bilden sich auch wieder neue Gruppierungen, aber es gibt auch Wählergruppen, die nicht wieder antreten. Weitergehende Ergebnisse liegen hierüber nicht vor.

Für die Gemeindewahlen in den kreisangehörigen Gemeinden erstellt das Statistische Landesamt traditionell keine Stimmenergebnisse, sondern bereitet lediglich die Zahl der in den Vertretungen errungenen Sitze auf. Insgesamt wurden bei der Gemeindewahl 1998 in den kreisangehörigen Gemeinden tatsächlich 12 572 Sitze vergeben, das waren 126 (+ 1,0 %) mehr als 1994 sowie 110 mehr als nach § 8 GKWG für diese Wahl vorgesehen. Die zusätzlichen 110

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998: Anzahl der Gemeinden mit Mehrsitzen nach Kreisen

Kreis	Gemeinden mit Mehrsitzen	Über § 8 GKWG hinausgehende Sitze
Dithmarschen	3	4
Herzogtum Lauenburg	3	5
Nordfriesland	7	16
Ostholstein	4	6
Pinneberg	7	10
Plön	9	11
Rendsburg-Eckernförde	12	22
Schleswig-Flensburg	7	8
Segeberg	6	10
Steinburg	1	1
Stormarn	10	17
Kreise insgesamt	69	110

Sitze kamen aufgrund des Mehrsitzausgleichs nach § 10 GKWG zustande, weil eine Partei in einer Vertretung mehr Direktmandate erzielen konnte, als es ihrem verhältnismäßigen Stimmenanteil entsprach. In 69 (6,3 %) der kreisangehörigen Gemeinden trat dieser Fall ein.

In drei Gemeinden konnte 1998 die Gemeindewahl nicht am vorgesehenen Wahltag durchgeführt werden, weil jeweils ein Bewerber vor dem Wahltermin verstarb. In den Gemeinden Wobbenbüll und Wyk auf Föhr, Kreis Nordfriesland, sowie in Bösdorf, Kreis Plön, fanden daher Nachwahlen statt.

Wählergruppen bauen ihre Mehrheit der Gemeindevertreter aus

Die Wählergruppen konnten bei der Wahl 1998 erneut Sitze hinzugewinnen. 5 904 oder 47,0 % der Sitze vereinigten die verschiedenen Gruppierungen auf sich, 208 (+ 3,7 %) mehr als bei der Wahl 1994. Nach den Angaben der Kreiswahlleiter errangen von den 1 267 zu dieser Wahl angetretenen Wählergruppen 1 258 (99,3 %) Sitze in den Gemeindevertretungen. 1994 waren 1 236 (98,3 %) von 1 257 zur Wahl angetretenen Gruppen in die Ortsparlamente eingezogen. Nach der Wahl am 22. März 1998 sind die Wählergruppen in 973 (88,8 %) der 1 096 Gemeinden vertreten, in 19 Vertretungen mehr als 1994. Dadurch erhöhte sich der Anteil der Gemeindevertretungen mit Wählergruppen von 86,9 % im Jahre 1994 um 1,9 Prozentpunkte. In 734 (75,4 %) dieser Kom-

**Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998:
Gewählte Vertretungen nach Wahlvorschlägen und Kreisen**

Kreis	Ge- meinde- vertretun- gen	Und zwar mit Vertretern der Wahlvorschläge ...							
		Wähler- gruppen	SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	SSW	STATT	Andere ¹
Dithmarschen	112	107	51	37	1	6	-	-	2
Herzogtum Lauenburg	128	120	53	44	3	8	-	1	-
Nordfriesland	129	126	59	52	4	10	25	-	6
Ostholstein	39	27	39	39	9	7	-	1	-
Pinneberg	49	30	41	42	10	12	-	1	1
Plön	86	75	63	57	3	5	-	-	1
Rendsburg-Eckernförde	165	145	88	92	10	13	6	1	3
Schleswig-Flensburg	136	122	83	85	2	1	43	-	-
Segeberg	94	83	47	64	9	15	-	-	1
Steinburg	104	93	47	36	2	2	-	-	4
Stormarn	54	45	40	41	10	8	-	-	-
Kreise insgesamt	1 096	973	611	589	63	87	74	4	18

¹ Einzelbewerber

**Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1994 und 1998:
Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge nach Kreisen**

Kreis	Sitze ins- gesamt	Davon entfallen auf ... in %							
		Wähler- gruppen	SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	SSW	STATT	Andere ¹
1994									
Dithmarschen	1 157	60,7	21,1	17,2	0,2	0,8	-	-	0,1
Herzogtum Lauenburg	1 307	61,1	19,8	17,0	0,7	0,8	-	0,5	0,2
Nordfriesland	1 377	59,0	19,0	16,6	0,6	1,2	3,3	-	0,3
Ostholstein	630	11,9	42,5	40,6	2,4	1,3	-	1,1	0,2
Pinneberg	769	21,1	34,1	38,6	3,5	2,1	-	0,7	-
Plön	948	38,1	31,6	28,5	0,7	0,8	-	-	0,2
Rendsburg-Eckernförde	1 808	44,5	25,8	27,0	1,1	1,1	0,2	0,1	0,3
Schleswig-Flensburg	1 529	44,6	23,4	26,6	0,1	0,3	5,0	-	-
Segeberg	1 103	41,2	22,5	32,3	1,5	2,4	-	-	0,1
Steinburg	1 077	56,6	23,2	19,2	0,5	0,4	-	-	0,1
Stormarn	741	31,7	29,6	33,5	3,6	1,5	-	-	0,1
Kreise insgesamt	12 446	45,8	25,2	25,5	1,1	1,1	1,0	0,2	0,1
1998									
Dithmarschen	1 162	61,7	20,1	17,3	0,1	0,6	-	-	0,2
Herzogtum Lauenburg	1 315	63,7	18,6	16,3	0,3	0,9	-	0,2	-
Nordfriesland	1 385	58,7	18,4	17,5	0,4	1,2	3,3	-	0,5
Ostholstein	635	12,4	42,7	41,3	1,7	1,7	-	0,2	-
Pinneberg	773	20,8	34,8	38,0	2,6	3,1	-	0,5	0,1
Plön	951	39,1	32,4	27,4	0,3	0,6	-	-	0,1
Rendsburg-Eckernförde	1 841	47,0	25,0	25,6	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2
Schleswig-Flensburg	1 544	44,4	23,1	27,5	0,1	0,1	4,9	-	-
Segeberg	1 134	43,0	21,6	31,4	1,2	2,6	-	-	0,1
Steinburg	1 067	57,6	22,5	18,9	0,3	0,3	-	-	0,4
Stormarn	765	35,3	29,5	31,2	2,6	1,3	-	-	-
Kreise insgesamt	12 572	47,0	24,7	25,2	0,8	1,1	1,0	0,1	0,2

¹ 1994: ÖDP, USHB und Einzelbewerber; 1998: Einzelbewerber

**Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998:
Gemeinden mit absoluter Sitzmehrheit eines Wahlvorschlages**

Kreis	Gemeinde- vertretungen insgesamt	Darunter mit absoluter Sitzmehrheit			
		zusammen	davon durch ...		
			SPD	CDU	Wählergruppen
Dithmarschen	112	93	9	9	75
Herzogtum Lauenburg	128	106	8	9	89
Nordfriesland	129	99	8	5	86
Ostholstein	39	20	9	9	2
Pinneberg	49	30	4	15	11
Plön	86	55	16	10	29
Rendsburg-Eckernförde	165	122	19	17	86
Schleswig-Flensburg	136	86	8	19	59
Segeberg	94	61	3	14	44
Steinburg	104	90	8	12	70
Stormarn	54	34	4	5	25
Kreise insgesamt	1 096	796	96	124	576
dagegen 1994	1 098	773	79	138	556

municipalparlamente ist jeweils nur eine Wählergruppe vertreten, in 198 (20,4 %) sind es zwei und in 41 (4,2 %) drei oder mehr Wählergruppen.

Die großen Parteien verlieren erneut Sitze

Nach den Wählergruppen erreichte die CDU den zweiten Platz mit 3 167 errungenen Sitzen, das waren 25,2 % der landesweit 12 572 gewählten Parlamentarier. Gegenüber 1994 verlor die CDU 11 Mandate, ihr Sitzanteil ging dadurch leicht um 0,3 Prozentpunkte zurück. Die Partei konnte in 589 (53,7 %) der 1 096 zu wählenden Gemeindevertretungen Sitze erringen, in 12 Gemeinden weniger als 1994.

Die SPD stellt 3 109 (24,7 %) der gewählten Vertreterinnen und Vertreter und verlor damit 27 Sitze gegenüber der Kommunalwahl 1994. Der Sitzanteil der Partei verringerte sich damit um 0,5 Prozentpunkte gegenüber der Wahl 1994. Nach der Wahl hält die Partei Sitze in 611 (55,7 %) der Gemeinden, in 13 Gemeinden weniger als 1994.

Die GRÜNEN sind in den kreisangehörigen Gemeinden ohne große Bedeutung, sie konnten bei dieser Kommunalwahl nur noch 97 (0,8 %) Sitze für sich gewinnen. Dies bedeutet einen Verlust von 41 oder fast 30 % der Sitze, die sie nach der Wahl 1994 hatten. Der Sitzanteil verringerte sich um 0,3 Prozent-

punkte. Trotz des Verlustes an Sitzen sind heute die GRÜNEN in 63 (5,7 %) Gemeinden vertreten und damit in sechs Gemeinden mehr als nach der vorherigen Wahl.

Die F.D.P. erzielte mit 138 Sitzen vier mehr als 1994 und hielt damit ihren Anteil von 1,1 % der Sitze insgesamt aus dem Jahre 1994. Die Partei war jedoch nur noch in 87 Gemeinden erfolgreich, in acht weniger als 1994.

Der SSW kandidierte in 76 kreisangehörigen Gemeinden und konnte in 74 Gemeinden 129 (1,0 %) der 12 572 Sitze einnehmen. Gegenüber 1994 vermochte der Südschleswigsche Wählerverband trotz Ausweitung der Kandidaturen nur drei Sitze hinzugewinnen, ist aber jetzt in 11 weiteren Ortsparlamenten vertreten.

Die STATT Partei erzielte in vier Gemeinden neun Sitze, 11 Sitze weniger als 1994.

Ferner waren 19 Einzelbewerber in 18 Gemeinden erfolgreich, das sind sechs Einzelbewerber mehr als 1994. Die in drei Gemeinden angetretene ödp konnte dagegen in keines der Parlamente einziehen.

1998 wurden in 796 Gemeinden absolute Mehrheiten einer Partei festgestellt, 23 mehr als 1994. In 576 Fällen errang eine Wählergruppe die absolute Mehrheit der Sitze (1994: 556), 124 mal die CDU (1994: 138) und 96 mal die SPD (1994: 79).

Westküstenkreise und das Herzogtum Lauenburg Hochburgen der Wählergruppen

Der Erfolg der Wählergruppen fiel in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich aus. Am erfolgreichsten waren sie erneut im Kreis Herzogtum Lauenburg, dort gewannen die Wählergruppen 63,7 % der vergebenen Sitze. Danach folgen in der gleichen Reihenfolge wie 1994 die Kreise Dithmarschen mit 61,7 % und Nordfriesland mit 58,7 % der Sitze für die Wählergruppen. Mit dem Kreis Steinburg (57,6 %) sind dies die Regionen, in denen die Wählergruppen jeweils mehr als 50 % der Sitze für sich gewinnen konnten. Am wenigsten Sitze erzielten die Wählergruppen traditionell im Kreis Ostholstein (12,4 %), der sich durch wenige, sehr große Gemeinden von allen anderen Kreisen unterscheidet. Auch in Pinneberg (20,8 %) und Stormarn (35,3 %) hatten die Wählergruppen im Vergleich zu den anderen Kreisen weniger Erfolg.

Die CDU erreichte ihren höchsten Anteil der Sitze wiederum im Kreis Ostholstein (41,3 %), vor den Kreisen Pinneberg (38,0 %) und Segeberg (31,4 %). Relativ wenige Sitze erhielt die Partei dagegen in den Kreisen Herzogtum Lauenburg (16,3 %), Dithmarschen (17,3 %) und Nordfriesland (17,5 %).

Die SPD konnte ihre besten Ergebnisse in den Kreisen Ostholstein (42,7 %), Pinneberg (34,8 %) und Plön (32,4 %) erzielen. Die geringsten Sitzanteile erzielte sie in Nordfriesland (18,4 %), Herzogtum Lauenburg (18,6 %) und Dithmarschen (20,1 %), also in den Kreisen mit den höchsten Sitzanteilen der Wählergruppen.

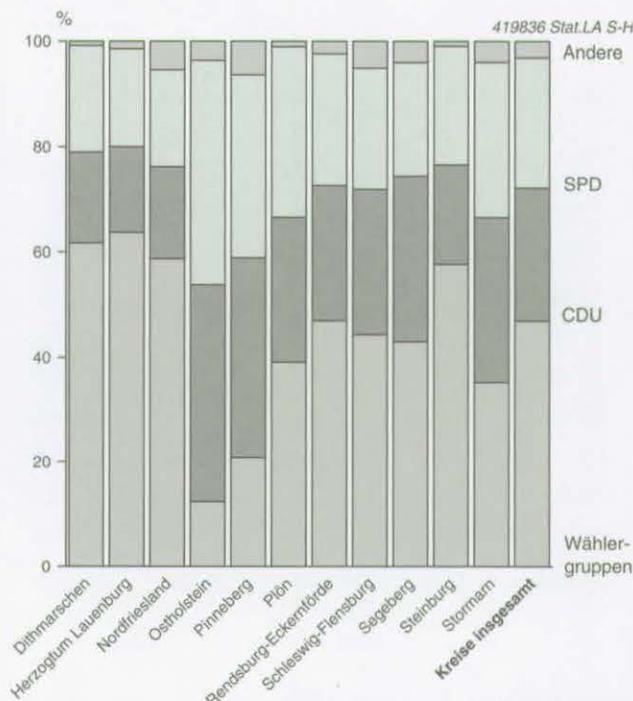
Die GRÜNEN sind am stärksten in den Kreisen Stormarn und Pinneberg mit jeweils 2,6 % sowie in Ostholstein (1,7 %) vertreten, die wenigsten Sitze erhielten sie in Dithmarschen (0,1 %) und Schleswig-Flensburg (0,1 %).

Die F.D.P. erreichte ihre besten Resultate in den Kreisen Pinneberg (3,1 %), Segeberg (2,6 %) und Ostholstein (1,7 %). Am schlechtesten schnitt die Partei in Schleswig-Flensburg (0,1 %), Steinburg (0,3 %) sowie mit jeweils 0,6 % in den Kreisen Dithmarschen und Plön ab. Der SSW kam in den Kreisen Schleswig-Flensburg mit 4,9 % und Nordfriesland mit 3,3 % zu nennenswerten Sitzanteilen.

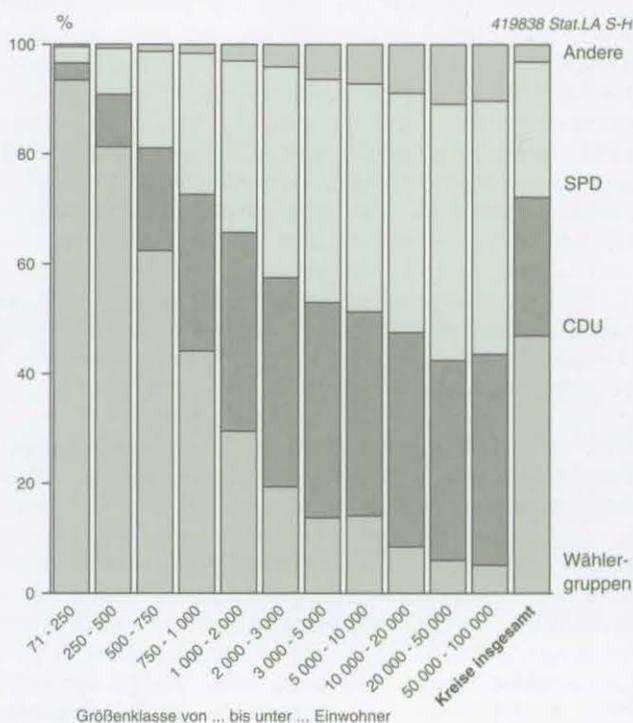
Die kleinen Gemeinden sind Domäne der Wählergruppen

Die Ergebnisse der Kommunalwahl 1998 bestätigen, daß Ortspolitik in den kleinen Gemeinden des Landes überwiegend von Wählergruppen bestritten wird. Die Wählergruppen konnten ihr Gewicht gegenüber der

Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998: Sitzanteile der Wahlvorschläge nach Kreisen



Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998: Sitzanteile der Wahlvorschläge nach Gemeindegrößenklassen



**Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998:
Sitzanteile der Wahlvorschläge nach Gemeindegrößenklassen**

Größenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Gemeinden	Sitze ins- gesamt	Darunter entfallen auf ... in %					
			SPD	CDU	GRÜNE	F. D. P.	Wähler- gruppen	Andere
71 - 250	179	1 380	3,0	3,1	–	–	93,5	0,4
250 - 500	256	2 310	8,4	9,6	–	0,0	81,3	0,7
500 - 750	175	1 592	17,7	18,7	0,3	–	62,4	1,0
750 - 1 000	123	1 360	25,7	28,5	0,2	0,4	44,2	1,0
1 000 - 2 000	177	2 189	31,3	36,2	0,2	1,3	29,5	1,5
2 000 - 3 000	57	981	38,4	38,1	0,7	1,4	19,4	1,9
3 000 - 5 000	41	704	40,6	39,2	1,0	3,8	13,8	1,6
5 000 - 10 000	41	793	41,5	37,2	2,4	2,7	14,1	2,1
10 000 - 20 000	32	791	43,6	39,1	3,8	3,4	8,5	1,6
20 000 - 50 000	14	433	46,7	36,5	4,9	2,8	6,0	3,2
50 000 - 100 000	1	39	46,2	38,5	5,1	5,1	5,1	–
Schleswig-Holstein	1 096	12 572	24,7	25,2	0,8	1,1	47,0	1,3

beiden großen Parteien SPD und CDU sogar weiter ausbauen. In den Gemeinden der Größenklassen bis unter 10 000 Einwohnern erzielten die Wählergruppen größere Sitzanteile als 1994, in den Gemeinden über 10 000 Einwohnern ging dagegen ihr Sitzanteil leicht zurück. Deutlich überdurchschnittliche Zuwächse hatten die Wählergruppen zum Beispiel in den Gemeinden von 500 bis unter 750 Einwohnern mit 6,4 Prozentpunkten oder in der Größenklasse von 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern mit 3,6 Prozentpunkten. Mehr als 50 % der Sitze erzielten Wählergruppen in den Gemeinden von 71 bis 750 Einwohnern, der größte Anteil von 93,5% aller Sitze stellte sich für sie bei den 179 Gemeinden zwischen 71 und 250 Einwohnern ein. Mit zunehmender Gemeindegröße nimmt die Bedeutung der Wählergruppen ab. In den 123 Gemeinden der Größenklasse 750 bis unter 1 000 Einwohnern liegen sie mit 44,2 % aller Sitze knapp unter dem Landesdurchschnitt, in den 177 Gemeinden zwischen 1 000 und 2 000 Einwohnern halten sie noch knapp 3 von 10 Sitzen.

SPD und CDU gewinnen an Bedeutung erst in den Gemeinden über 500 Einwohnern, hier betragen ihre Sitzanteile 32,4 % (SPD) und 32,7 % (CDU), während in den 435 kleineren Gemeinden beide Parteien nahezu bedeutungslos sind. Über dem Landesdurchschnitt liegende Sitzanteile gewannen SPD und CDU jeweils in den Gemeindegrößenklassen ab 750 Einwohnern. Die SPD ist mit 46,7 % am stärksten in den 14 Gemeinden von 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern vertreten, die CDU erzielte die größte Präsenz

mit 39,2 % in den Gemeinden von 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern.

Einbußen gegenüber der Kommunalwahl 1994 mußte die SPD in den Gemeinden von 250 bis unter 5 000 Einwohnern hinnehmen, in den größeren Gemeinden konnte sie dagegen teilweise deutlich mehr Sitze erringen. Bei der CDU gab es überdurchschnittliche Verluste in den Gemeinden unter 750 Einwohnern und deutliche Gewinne in den Gemeinden über 10 000 Einwohnern.

Wie auch bei der Wahl 1994 schneiden die kleineren Parteien GRÜNE und F.D.P. in den größeren Gemeinden überdurchschnittlich ab, die GRÜNEN ab 3 000 Einwohnern, die F.D.P. bereits ab 1 000 Einwohnern. In den kleineren Gemeinden sind beide Parteien nach wie vor bedeutungslos.

Jeder fünfte Sitz geht an eine Frau

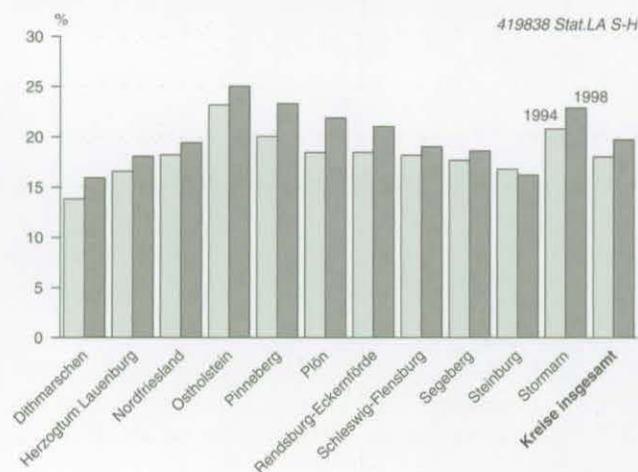
Nach den Angaben der Gemeindewahlbehörden bereitet das Statistische Landesamt seit der Kommunalwahl 1990 die Zahl der auf weibliche Bewerber entfallenen Sitze auf. Von den 12 572 bei dieser Kommunalwahl vergebenen Sitze in den Ortsparlamenten der kreisangehörigen Gemeinden gingen 19,7 % an Frauen. Gegenüber 1994 ist dies eine erneute Steigerung des Frauenanteils, und zwar um 1,7 Prozentpunkte. Es ist davon auszugehen, daß sich erheblich weniger Frauen als Männer um ein

**Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden 1998:
Sitze der Frauen nach Kreisen und Wahlvorschlägen**

Kreis	Sitze insgesamt	Davon entfallen auf ...							
		SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	SSW	STATT Partei	Wählergruppen	Andere ¹
Insgesamt									
Dithmarschen	1 162	234	201	1	7	–	–	717	2
Herzogtum Lauenburg	1 315	244	215	4	12	–	3	837	–
Nordfriesland	1 385	255	242	5	17	46	–	813	7
Ostholstein	635	271	262	11	11	–	1	79	–
Pinneberg	773	269	294	20	24	–	4	161	1
Plön	951	308	261	3	6	–	–	372	1
Rendsburg-Eckernförde	1 841	461	471	14	17	8	1	866	3
Schleswig-Flensburg	1 544	356	424	2	1	75	–	686	–
Segeberg	1 134	245	356	14	30	–	–	488	1
Steinburg	1 067	240	202	3	3	–	–	615	4
Stormarn	765	226	239	20	10	–	–	270	–
Kreise insgesamt	12 572	3 109	3 167	97	138	129	9	5 904	19
Darunter Frauen									
Dithmarschen	185	49	33	–	1	–	–	102	–
Herzogtum Lauenburg	238	60	33	1	4	–	1	139	–
Nordfriesland	269	81	34	1	1	13	–	138	1
Ostholstein	159	81	63	4	–	–	–	11	–
Pinneberg	180	66	63	13	10	–	–	28	–
Plön	208	86	52	3	1	–	–	66	–
Rendsburg-Eckernförde	387	140	93	5	4	5	–	140	–
Schleswig-Flensburg	294	87	80	2	–	20	–	105	–
Segeberg	211	66	63	4	5	–	–	73	–
Steinburg	173	59	34	1	–	–	–	79	–
Stormarn	175	74	44	5	1	–	–	51	–
Kreise insgesamt	2 479	849	592	39	27	38	1	932	1

¹ einschließlich Einzelbewerberinnen

**Gemeindewahl in den kreisangehörigen
Gemeinden 1998:
Sitzanteile der Frauen 1994 und 1998 nach Kreisen**



Mandat beworben hatten, was teilweise den niedrigen Frauenanteil erklärt. Über die Anteile der Frauen und Männer unter den Bewerbern werden keine weiteren Angaben erhoben.

Die höchsten Sitzanteile für Frauen wurden in Ostholstein (25,0 %), Pinneberg (23,3 %) und Stormarn (22,9 %), die niedrigsten in Dithmarschen (15,9 %), Steinburg (16,2 %) und Herzogtum Lauenburg (18,1 %) erzielt. Wie bei den Wahlen 1990 und 1994 ist auch 1998 der Anteil der Parlamentarierinnen in Ostholstein am größten, in Dithmarschen am geringsten.

Mit einer Ausnahme konnte in allen Kreisen der Sitzanteil der Frauen in den Ortsparlamenten erhöht werden, in den Kreisen Plön (+ 3,4 Punkte), Pinneberg (+ 3,3 Punkte) und Rendsburg-Eckernförde (+ 2,6 Punkte) sogar deutlich mehr als im Landesdurchschnitt (+ 1,7 Punkte). Im Kreis Steinburg mit

einem schon vorher geringen Frauenanteil verloren die Frauen mit einem Rückgang von 0,6 Punkten weiter an Boden.

Unter den zur Wahl angetretenen Parteien und Wählergruppen war der Sitzanteil der Frauen erneut bei den GRÜNEN am höchsten: 4 von 10 erzielten Sitzen gingen an Frauen. Beim SSW fielen 29,5 %, bei der SPD 27,3 %, bei der F.D.P. 19,6 %, bei der CDU 18,7 % und bei den Wählergruppen 15,8 % der

errungenen Sitze an weibliche Bewerber. Gegenüber der Wahl 1994 konnte sich die F.D.P. 1998 mit einer weit überdurchschnittlichen Steigerung von 4,6 Prozentpunkten vor die CDU schieben. Allein die SPD vermochte den Frauenanteil in den Parlamenten mit 1,4 Prozentpunkten nur unterdurchschnittlich zu erhöhen, die Wählergruppen und die übrigen Parteien verzeichneten dagegen Sitzanteile für Frauen, die etwa zwei Punkte und mehr über dem Ergebnis von 1994 lagen.

Gerhard Winck

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1995

„Des Menschen Seele
gleicht dem Wasser:
Vom Himmel kommt es,
Zum Himmel steigt es,
Und wieder nieder
Zur Erde muß es,
Ewig wechselnd.“

Johann Wolfgang von Goethe

Als Deutschlands großer Dichter im „Gesang der Geister über den Wassern“ die Seele des Menschen mit dem Kreislauf des Wassers verglich, wertschätzte er damit auch die reine Natur dieses Elements. Weitergehende Gedanken über das Wasser, zum Beispiel ob die Versorgung der Menschheit mit Wasser gefährdet sei, mußte sich Goethe zu seiner Zeit kaum machen. Zwar wurden bereits damals und auch schon früher die natürlichen Eigenschaften des Wassers durch den häuslichen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Gebrauch verändert, das dadurch entstandene Abwasser stellte aber nur lokal ein Problem dar. Der Schadstoffgehalt des Abwassers hielt sich überwiegend in Grenzen, so daß die Selbstreinigungskräfte der Gewässer ausreichten, die Schadstoffe des eingeleiteten Abwassers abzubauen. Seitdem hat sich aber die Belastung der Gewässer durch das Abwasser der Haushalte und der Industrie vervielfacht mit der Folge, daß die Lebensvorgänge der Gewässer stark beeinflußt wurden. So kann es immer wieder vorkommen, daß die „Wächter“ eines gesunden Gewässers, die Mikroorganismen, absterben und damit die Selbstreinigungskräfte zerstört werden, oder die mikroskopisch kleinen Lebewesen sich so stark vermehren, daß sie dem Wasser zu viel Sauerstoff entziehen. Die unmittelbaren Folgen sind Fischsterben, Schlammablagerungen und Fäulnisvorgänge, ganz abgesehen davon, – und damit schließt sich der Kreislauf – daß letztlich die Qualität des Trinkwassers erheblich beeinträchtigt wird. Vor dem Hintergrund dieser ökologischen Gefahren sind die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung erheblich gestiegen. Im einzelnen bedeutet das: Neubau von Kläranlagen, Nachbesserung bereits bestehender Anlagen sowie eine Ausweitung und Sanierung des Kanalnetzes, das das Abwasser den Kläranlagen zuleiten soll. Für diese Aufgaben sind umfangreiche Daten über die Wasserwirtschaft erforderlich. Eine wesentliche Grundlage, diese Planungs- und Strukturdaten zu beschaffen und bereitzustellen, ist das Gesetz über Umweltstatistiken, das neben einer Reihe anderer Erhebungen zur Umwelt auch die Statistik der öffentlichen Abwasserbeseitigung vorschreibt.

Die Erhebung der öffentlichen Abwasserbeseitigung erfolgte bisher alle vier Jahre, die aktuellste liegt jetzt über das Jahr 1995 vor. Die Daten wurden im ersten Halbjahr 1996 erhoben, wegen des sachlichen Zusammenhangs zwischen Wasser- und Abwasseraufkommen, Abwasserverbleib, Sammelkanalisation und Kläranlagendurchfluß sind umfangreiche Abstimmungsarbeiten notwendig, so daß eine zeitnähere Berichterstattung nicht möglich ist. Die nächste Abwasserstatistik wird für 1999 durchgeführt, danach erfolgt sie alle drei Jahre.

Im Rahmen der Berichtskreisermittlung werden die Gemeinden nach den Betreibern von Abwasserbeseitigungsanlagen befragt, die grundsätzlich für die ständige Abwasserentsorgung der Allgemeinheit zuständig ist. Auskunftspflichtig zur öffentlichen Abwasserstatistik sind im einzelnen Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Inhaber und Leiter von Unternehmen sowie anderer Einrichtungen, die Sammelkanalisationen oder Kläranlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung betreiben. Die Entsorgung kann auf vertraglicher Verpflichtung oder öffentlich-rechtlicher Satzung beruhen. Dementsprechend sind auch Genossenschaften, BGB-Gesellschaften u. ä., die nur ihre Mitglieder vom Abwasser entsorgen, zu dieser Erhebung erfaßt.

Für die meisten Haushalte unserer Breitengrade gehört es zum Selbstverständnis des Alltags, Trinkwasser aus dem Wasserhahn zu beziehen sowie das genutzte Wasser als Abwasser über den Waschbekenabfluß oder die Toilettenspülung zu entsorgen. Kaum vorstellbar, daß das eben von ihnen fortgespülte Schmutzwasser – verkürzt gedacht – morgen wieder als Trinkwasser seinem Haushalt zur Verfügung steht. Aufgrund der Tatsache, daß Wasser nicht unbegrenzt zur Verfügung steht, muß das nach dem Gebrauch entstandene Abwasser von den Schmutz- und Schadstoffen befreit werden und so gereinigt dem Wasserkreislauf als Trinkwasser wieder zugeführt werden. So einfach die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den privaten Haushalten erscheinen, so aufwendig stellt sich die Beseitigung des Abwassers im Rahmen der Wasserwirtschaft dar. Die Abwasserentsorgung setzt grundsätzlich voraus, daß das Abwasser in einem Kanalnetz gesammelt und einer Kläranlage zugeführt wird, von wo es gereinigt in ein Gewässer oder in den Untergrund abgeleitet wird. Mit Hilfe der verschiedenen Klärtechniken werden die Schadstoffe des Abwassers eliminiert und damit dem Wasserkreislauf ferngehalten. Das Problem der Schadstoffentsorgung des Abwassers stellt

sich allerdings weiterhin, und zwar in konzentrierter Form schadstoffhaltiger Klärschlämme.

Sammelkanalisation

Bei der Sammelkanalisation handelt es sich um ein Leitungsnetz zur Sammlung und Ableitung von Abwasser und Niederschlägen, meist als unterirdische Rohrleitungen, seltener in Form ausgebauter Bachläufe. Das Schmutzwasser der Haushalte oder Gewerbebetriebe sowie das Niederschlagswasser werden entweder getrennt (Trennsystem) oder gemeinsam (Mischsystem) gesammelt und abgeleitet. Die Sammelkanalisation als Trennsystem führt das Abwasser an die Kläranlage ab, während das Regenwasser unmittelbar in den Vorfluter gelangt, so daß vor allem bei starken Niederschlägen die Belastung der Vorfluter durch den oft verschmutzten Regen sehr hoch ist. Um dies einzugrenzen, werden beim Trennsystem Sonderbauwerke wie Regenklärbecken für den Regenabfluß installiert. Das Mischsystem der Sammelkanalisation hat demgegenüber den Vorteil, daß das Niederschlagswasser zusammen mit dem Abwasser in der Kläranlage gereinigt wird. Allerdings können Mischsysteme bei starken Regenfällen nur einen Teil des Abwassers aufnehmen, der andere Teil fließt über Überläufe ungereinigt in den Vorfluter. Diesem Nachteil begegnet man wie beim Trennsystem dadurch, daß man das Regenwasser, bevor es in den Vorfluter gelangt, in Klärbecken behandelt.

Zum Stichtag 31.12.1995 zählte man 2,73 Mill. Einwohner in den 1 131 Gemeinden Schleswig-Holsteins. Von den Gemeinden waren 894 mit einer und 237 Gemeinden ohne eine Sammelkanalisation ausgestattet. In den 894 Gemeinden lebten Ende 1995 2,66 Mill. Einwohner, für 2,47 Mill. von ihnen wurde das Abwasser durch das öffentliche Kanalnetz eingesammelt. Gemessen an der Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins insgesamt entspricht das einem Anschlußgrad von 91 %. 1991 waren 89 % der Bevölkerung Schleswig-Holsteins an die Sammelkanalisation angeschlossen, 1987 86 % und 1983 81 %.

Der relativ hohe Anschlußgrad setzte 1995 ein öffentliches Kanalnetz von 18 500 km Länge voraus, was einer direkten Verbindung etwa zwischen Hamburg und Melbourne entspricht. Die gesamte Sammelkanalisation Schleswig-Holsteins war 1995 zu 9 % als Mischsystem, zu 91 % als Trennsystem gebaut. Wie aufwendig es ist, den Anschlußgrad zum Beispiel von 89 % im Jahre 1991 vier Jahre später auf 91 % zu erhöhen, wird dadurch deutlich, daß dafür die Länge des Kanalnetzes um über 13 % auf 18 500 km ausgebaut werden mußte. Mit der gleichen Zuwachsrate wurde die Länge der Sammelkanalisation erhöht, damit der Anschlußgrad um 3 Prozentpunkte gesteigert werden konnte, nämlich von 86 % in 1987 auf

89 % im Jahre 1991. Durch die erweiterte Kapazität des Kanalnetzes um 12 % konnte 1987 mit 86 % ein Anschlußgrad erreicht werden, der sogar um 5 Prozentpunkte über dem von 1983 lag. Es zeigt sich also, daß es immer aufwendiger wird, den Anschlußgrad der Bevölkerung an die Sammelkanalisationen zu erhöhen, bis man letztlich sogar einen Grad erreicht, der einen weitergehenden Ausbau des Kanalnetzes aus Kostengründen nicht mehr zuläßt. Das heißt, es wird auch in Zukunft Regionen geben, die zu dünn besiedelt sind, um dort den Ausbau der Sammelkanalisation voranzutreiben, so daß dort die Abwasserentsorgung auch weiterhin über Einzelentsorgungsanlagen wie Hauskläranlagen erfolgen wird.

Für Schleswig-Holstein bedeutet das folgendes: Bei den 237 Gemeinden im nördlichsten Bundesland ohne Sammelkanalisation handelte es sich um Gemeinden mit relativ geringen Bevölkerungszahlen. So waren zum Beispiel von den 148 Gemeinden der Größenklasse mit unter 200 Einwohnern, in denen Ende 1995 0,7 % der 2,73 Mill. Schleswig-Holsteiner ihren Wohnsitz hatten, 100 Gemeinden ohne Sammelkanalisation. Aber selbst in den 48 Gemeinden mit Sammelkanalisation betrug der Anschlußgrad der Bevölkerung lediglich 30 %, ein Zeichen mehr, daß in dünn besiedelten Räumen der Ausbau des Kanalnetzes aus Kostengründen sehr restriktiv betrieben wird. In den 120 Gemeinden mit 200 bis 300 Einwohnern lebten 1,1 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, in dieser Größenklasse hatten 50 Gemeinden keine Sammelkanalisation. Für die Bevölkerung in den 70 Gemeinden mit einem Kanalsystem ergab sich ein Anschlußgrad von 46 %. Der Anschlußgrad steigt weiter auf 57 % für Gemeinden der Größenklasse 300 bis 500 Einwohnern. Hierzu zählten insgesamt 197 Gemeinden mit einem Bevölkerungsanteil von 2,8 %, wobei von diesen Gemeinden ebenfalls 50 ohne Sammelkanalisation waren. Rechnet man die drei Größenklassen zu einer Gruppe der Gemeinden mit unter 500 Einwohnern zusammen, so erfaßt man dadurch 465 Gemeinden mit einem Bevölkerungsanteil von 4,6 %. Von diesen Gemeinden verfügten 265 über ein Kanalnetz, das für einen durchschnittlichen Anschlußgrad der dort lebenden Bevölkerung von 50,6 % sorgte: Nur die Hälfte der Bevölkerung in den Gemeinden mit Sammelkanalisation der Größenklasse bis unter 500 Einwohnern war an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen. Die restlichen 37 Gemeinden ohne Sammelkanalisation gehörten zum allergrößten Teil zu den 299 Gemeinden der Größenklasse 500 bis 1 000 Einwohnern. Ab der Größenklasse 2 000 Einwohner und mehr waren alle dazugehörigen 190 Gemeinden mit einem Kanalnetz ausgestattet. Mit steigender Gemeindegrößenklasse nimmt auch der Anschlußgrad der Bevölkerung an die Sammelkanalisation in diesen Gemeinden deutlich zu. So waren zum Beispiel 85 % der Bevölkerung in den 57 Gemeinden mit 2 000 bis

Öffentliche Abwasserbeseitigung in schleswig-holsteinischen Gemeinden mit Sammelkanalisation 1995
 – Gemeinden, Bevölkerung, Anschlußgrad, Entsorgungsgrad
 sowie nichtentsorgte Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen –

Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Ge- meinden	Bevöl- kerung	Gemeinden mit Sammelkanalisation						Ge- meinden ohne Sammel- kanalisa- tion
			Ge- meinden	Bevöl- kerung	entsorgte Bevölkerung		darunter mit Anschluß an Abwasser- behandlungsanlage		
					zu- sammen	Anteil an Spalte 2	zu- sammen	Anteil an Spalte 2	
Anzahl	1 000	Anzahl	1 000	1 000	%	1 000	%	Anzahl	
unter 200	148	17,9	48	6,8	5,3	29,7	5,0	27,9	100
200 - 300	120	29,8	70	17,8	13,6	45,6	12,7	42,6	50
300 - 500	197	77,1	147	58,4	44,2	57,4	41,5	53,8	50
500 - 1 000	299	216,0	264	192,4	141,2	65,4	136,4	63,1	35
1 000 - 2 000	177	247,1	175	245,0	191,5	77,5	189,1	76,5	2
2 000 - 3 000	57	138,1	57	138,1	118,0	85,4	116,7	84,5	–
3 000 - 5 000	41	160,9	41	160,9	148,8	92,4	148,2	92,1	–
5 000 - 10 000	41	289,1	41	289,1	280,1	96,9	280,1	96,9	–
10 000 - 20 000	32	445,3	32	445,3	433,3	97,3	432,3	97,1	–
20 000 - 50 000	14	402,0	14	402,0	397,8	99,0	397,8	99,0	–
50 000 - 100 000	3	239,1	3	239,1	237,7	99,4	237,7	99,4	–
100 000 und mehr	2	463,0	2	463,0	454,7	98,2	451,8	97,6	–
Schleswig-Holstein	1 131	2 725,5	894	2 657,9	2 466,3	90,5	2 449,2	89,9	237

3 000 Einwohnern durch das Kanalnetz entsorgt. In den 51 Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern lebten Ende 1995 knapp 57 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, für sie errechnete sich ein durchschnittlicher Anschlußgrad von 98 %, in den fünf Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern betrug der Abschlußgrad über 99 %.

Nicht alles in der Kanalisation gesammelte Abwasser wird an Abwasserbehandlungsanlagen geleitet. Wie bereits erwähnt, nahm 1995 das öffentliche Kanalnetz das Schmutzwasser von 2,47 Mill. Schleswig-Holsteinern auf, an eine Abwasserbehandlungsanlage geführt wurde jedoch das Abwasser von 2,45 Mill. schleswig-holsteinischen Einwohnern, so daß knapp 90 % der Bevölkerung Schleswig-Holsteins über die Sammelkanalisation mit Anschluß an eine Abwasserbehandlungsanlage entsorgt wurde. Das Abwasser der 20 000 Einwohner, das in das Kanalnetz, nicht aber in eine Kläranlage ging, leitete man in Oberflächengewässer oder in den Untergrund ab. 1991 waren 88 % aller Schleswig-Holsteiner an die Sammelkanalisation angeschlossen, durch die ihr Abwasser zu einer Abwasserbehandlungsanlage geleitet werden konnte. Auch das zeigt die Tabelle: Der Anteil schleswig-holsteinischer Einwohner, deren Abwasser Kläranlagen zugeführt wird, ist entsprechend dem Ausbau der Sammelkanalisation in dünn besiedelten Gebieten deutlich niedriger als in den Ballungsräumen.

Abwasseraufkommen

Im Berichtsjahr 1995 leitete die an das Kanalnetz angeschlossene Bevölkerung 183 Mill. m³ Abwasser in die Sammelkanalisation ein, das sind 7 % mehr als 1991. Von diesem 1995 aufgenommenen Schmutzwasser kamen 132 Mill. m³ (72 %) aus privaten Haushalten und 51 Mill. m³ aus dem Gewerbe. Die Aufteilung des Abwasseraufkommens in häusliche und gewerbliche Anteile kann von den Betreibern öffentlicher Sammelkanalisationen allerdings oft nur geschätzt werden. Zusätzliche Angaben über das gewerbliche Schmutzwasservolumen liefert die Abwasserstatistik im Verarbeitenden Gewerbe.

Natürlich fällt das meiste Abwasser in stärker besiedelten Regionen an. In den nur 19 Gemeinden Schleswig-Holsteins mit mindestens 20 000 Einwohnern – Ende 1995 lebten dort 41 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung – fiel immerhin 44 % des Abwasseraufkommens (183 Mill. m³) an. Ein entsprechender Vergleich zum Beispiel mit 1983 zeigt aber auch, daß vorzugsweise in dichter bewohnten Regionen verstärkt Maßnahmen ergriffen worden sind, die zu sparsamerem und schonenderem Wasserverbrauch führten. In den 19 größeren Gemeinden lebten auch 1983 gut 40 % aller Schleswig-Holsteiner, die damals allerdings weit über die Hälfte (54 %) des angefallenen Schmutzwassers verursachten. Allein in Kiel und Lübeck fielen 1995 mit 34,2 Mill. m³ 19 %

des gesamten Abwasseraufkommens in Schleswig-Holstein an, verursacht von 18 % der dort an der Sammelkanalisation angeschlossenen Bevölkerung. 1983 wurden in der Landeshauptstadt und in der Hansestadt zusammen absolut weniger Einwohner über die Sammelkanalisation entsorgt, die aber mehr Schmutzwasser erzeugten als 12 Jahre später – ein weiteres Beispiel, wie erfolgreich der Wasserver- und -gebrauch in dichten Siedlungsgebieten beeinflusst werden kann. Das höchste Abwasseraufkommen fiel 1995 mit gut 19,1 Mill. m³ im bevölkerungsreichsten Kreis Pinneberg an, das sind knapp 0,6 Mill. m³ mehr, als für die Bevölkerung der Landeshauptstadt eingesammelt wurde. In der kreisfreien Stadt Lübeck betrug das Schmutzwasservolumen fast 15,7 Mill. m³, ebenso im Kreis Steinburg. Die nächst hohen Volumina meldeten die Kreise Segeberg (15,3 Mill. m³), Rendsburg-Eckernförde (14,9 Mill. m³) und Stormarn (14,3 Mill. m³). Die abwasserärmsten Regionen waren die kreisfreien Städte Neumünster (6,1 Mill. m³) und Flensburg (6,3 Mill. m³) sowie die Kreise Dithmarschen (6,5 Mill. m³) und Plön (7,4 Mill. m³).

Auch das jährliche Abwasseraufkommen je entsorgten Einwohner (E. a.) differierte in den einzelnen Regionen, wobei in diese Rechnung nur das von den privaten Haushalten in Höhe von 132 Mill. m³ verursachte Schmutzwasser eingeht. 1995 betrug in Schleswig-Holstein das Pro-Kopf-Aufkommen demnach 53,6 m³. Die höchsten Abwasservolumina je entsorgter Einwohner errechneten sich für die Kreise Nordfriesland (63,2 m³/E. a.), Stormarn (62,4 m³/E. a.) und die Landeshauptstadt Kiel (60 m³/E. a.). Überproportional hoch waren auch die Werte für die Kreise Segeberg (57,5 m³/E. a.) und Schleswig-Flensburg (54,3 m³/E. a.), während der Wert für die kreisfreie Stadt Neumünster in etwa dem Landesdurchschnitt (53,6 m³/E. a.) entsprach. In allen anderen kreisfreien Städten und Kreisen lagen die Pro-Kopf-Aufkommen unter dem durchschnittlichen Landeswert, am deutlichsten in der Hansestadt Lübeck (42,5 m³/E. a.) sowie in den Kreisen Herzogtum Lauenburg (47,3 m³/E. a.), Dithmarschen (47,4 m³/E. a.) und der kreisfreien Stadt Flensburg (48,7 m³/E. a.).

Das Abwasseraufkommen, das in Schleswig-Holstein von der Sammelkanalisation aufgenommen wird, ist nicht identisch mit dem Abwasseraufkommen, das in die Abwasserbehandlungsanlagen Schleswig-Holsteins gelangt. 1995 betrug das Abwasseraufkommen in den schleswig-holsteinischen Behandlungsanlagen 203 Mill. m³, gemessen am Ablauf der Anlage. In dieser Abwassermenge sind neben dem über die Kanalisation zugeleiteten Abwasser (182 Mill. m³) auch das Fremd- und Niederschlagswasser enthalten, das die Betreiber der Sammelkanalisation nicht meldeten. Gemeint ist hierbei das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und in der Kanalisation gesam-

melte Wasser sowie das durch Undichtigkeiten in das Kanalsystem eindringende Grundwasser, unerlaubt über Fehllanschlüsse eingeleitetes Wasser und über Schmutzwasserkanäle zufließendes Oberflächenwasser. Einbezogen in das Abwasseraufkommen von 203 Mill. m³ ist auch das Abwasser von gut 76 000 Hamburger Einwohnern, deren Abwasser (3,9 Mill. m³) in einer schleswig-holsteinischen Anlage behandelt wurde. Das Abwasser von über 138 000 schleswig-holsteinischen Einwohnern (9,8 Mill. m³), das einer Hamburger Abwasserbehandlungsanlage zugeleitet wurde, wird nicht hier, sondern durch die Abwasserstatistik Hamburgs erfaßt. Von Entsorgungsfahrzeugen eingesammeltes Abwasser aus Hauskläranlagen und abflußlosen Gruben ist bei den aufnehmenden Abwasserbehandlungsanlagen ausgewiesen.

Abwasserbehandlungsanlagen

Zahl und Reinigungsleistung der Abwasserbehandlungsanlagen konnten in Schleswig-Holstein ständig gesteigert werden. 1975 wurde den 392 Behandlungsanlagen – damals sprach man von Kläranlagen – 131 Mill. m³ Abwasser zugeführt. Vier Jahre später sorgten bereits 575 Anlagen dafür, daß das damals gesammelte Abwasservolumen in Höhe von 154 Mill. m³ wieder gereinigt dem Wasserkreislauf zugeführt werden konnte. 1983 (184 Mill. m³ Abwasser) war die Reinigungskapazität bereits auf 670 Anlagen ausgebaut, die sich 1987 (195 Mill. m³) auf 747 Anlagen erhöhte. 1991 stellten einige Klärwerke ihren Betrieb ein, immerhin konnten in nunmehr 734 Anlagen gut die gleiche Abwassermenge von 1987 entsorgt werden. Danach ging der Ausbau der Kapazitäten weiter. Die Reinigung der 203 Mill. m³ Abwasser erfolgte 1995 in 802 Abwasserbehandlungsanlagen.

Im Laufe der Zeit verbesserte sich die Technik und damit die Wirksamkeit der Abwasserbehandlungsanlagen. Fast bedeutungslos geworden sind die ausschließlich mechanisch arbeitenden Anlagen. Hierbei werden die ungelösten Stoffe zum Beispiel durch Rechen, Sandfang, Absetzbecken oder andere Techniken aus dem Abwasser entfernt. Die mechanische Reinigung führt zu einer Verringerung der biologisch abbaubaren Schmutzstoffe des Abwassers um etwa 20 bis 30 %. 1975 wurde nur gut 2 % des Abwassers so behandelt, zwanzig Jahre später spielte diese Art der Abwasserbehandlung in Schleswig-Holstein praktisch überhaupt keine Rolle mehr. Heute wird das Abwasser ausschließlich in biologischen Anlagen entsorgt, wobei diese ohne Nährstoffelimination oder mit weitergehender Behandlung ausgestattet sein können. In biologisch wirkenden Anlagen ohne gezielte Nährstoffelimination werden die Schmutzstoffe durch aeroben und/oder anaeroben Abbau, Aufbau neuer Zellsubstanz und Adsorption an Bakterienflocken

oder über den biologischen Rasen – hierbei handelt es sich um eine schleimige Schicht von Mikroorganismen – aus dem Abwasser entfernt. Die Grundidee der biologischen Reinigungsverfahren besteht also darin, die in Oberflächengewässern ablaufenden natürlichen Vorgänge räumlich und zeitlich komprimiert durchzuführen. 1995 waren von den 802 Anlagen 630, das sind anteilig 79 %, als biologische Anlagen ohne gezielte Nährstoffelimination konzipiert. Mit Hilfe dieser Verfahren wurden aber nur 11 % des 1995 gesammelten Abwassers in Höhe von 203 Mill. m³ behandelt. 89 % des Abwasseraufkommens durchliefen also im Berichtsjahr in den übrigen 172 biologischen Anlagen eine weitergehende Behandlung. Diese weitergehende Behandlung sieht zum Beispiel die Phosphatfällung, Nitrifikation oder/und die Denitrifikation vor. 1991 betrug der Anteil des mit gezielter Nährstoffelimination behandelten Abwassers bereits 87 %, 1987 aber erst 37 %.

Die Kapazitäten der Abwasserbehandlungsanlagen sind sehr unterschiedlich bemessen, und zwar sowohl hinsichtlich der quantitativen als auch der qualitativen Leistungsfähigkeit. Die quantitative Leistungsfähigkeit zeigt an, welches Abwasservolumen eine Anlage in einem bestimmten Zeitraum aufnehmen und reinigen kann, während die qualitative Kapazität die Fähigkeit einer Anlage beschreibt, auch stark belastetes Abwasser erfolgreich zu behandeln. Im folgenden werden die Kapazitäten der Abwasserbehandlungsanlagen vor allem unter quantitativen Aspekten dargestellt.

1995 hatten 242 Anlagen eine jährliche Abwassermenge von weniger als 10 000 m³, das sind 30 % der insgesamt 802 Anlagen. Durch diese relativ geringen Volumina der „kleinen“ Anlagen wurde nur 0,5 % des Abwasseraufkommens in Höhe von 203 Mill. m³ behandelt. Andererseits waren 32 Anlagen oder 4 % des gesamten Anlagenbestandes so groß ausgebaut, daß jede dieser Anlagen mindestens eine Mill. m³ Abwasser aufnehmen konnte. Dank dieser Kapazitäten gelangten dort drei Viertel des Abwasservolumens in die Behandlung. Das übrige Viertel Abwasseraufkommen – mit Ausnahme des in den oben erwähnten „kleinen“ Anlagen behandelten Schmutzwassers – wurde somit in den 528 Anlagen der Größenklassen zwischen 10 000 und einer Mill. m³ behandelt.

Die Leistungsstärke einer Abwasserbehandlungsanlage läßt sich besonders anschaulich mit Hilfe der sogenannten Einwohnerwerte aufzeigen. Der Einwohnerwert ergibt sich aus der Zahl der an die Abwasserbehandlungsanlage angeschlossenen Einwohner und der behandelten Einwohnergleichwerte. Der letztgenannte Wert dient zum Vergleich von gewerblichem oder industriellem Abwasser mit häuslichem Abwasser. Der Einwohnergleichwert gibt an,

Öffentliche Abwasserbeseitigung in schleswig-holsteinischen Abwasserbehandlungsanlagen 1995

– Ausbaugrößenklassen, Anzahl der Abwasserbehandlungsanlagen, Abwasseraufkommen –

Ausbaugrößenklassen der Abwasserbehandlungsanlage von ... bis unter ... Einwohnerwerte	Abwasserbehandlungsanlagen	Abwasser am Abfluß der Abwasserbehandlungsanlagen
	Anzahl	1 000 m ³
unter 200	198	1 018
200 - 300	80	1 041
300 - 500	121	2 628
500 - 1 000	137	4 815
1 000 - 2 000	76	3 897
2 000 - 3 000	38	3 183
3 000 - 5 000	51	6 565
5 000 - 10 000	32	7 444
10 000 - 20 000	23	9 918
20 000 - 50 000	23	24 023
50 000 - 100 000	14	28 889
100 000 und mehr	9	109 539
Insgesamt	802	202 960

wie viele Einwohner eine entsprechende Menge gewerbliches oder industrielles Abwasser erzeugt hätten. So kann unterstellt werden, daß zum Beispiel die Produktion von Fleisch- und Wurstwaren eines Betriebes im Jahr dem Abwasser von – gegriffen – 5 000 Einwohnern gleichgesetzt werden kann. Ist neben dieser Fabrik auch noch das Abwasser von 10 000 Einwohnern durch dieselbe Anlage zu beseitigen, so muß die Ausbaugröße dieser Abwasserbehandlungsanlage einer Kapazität von 15 000 Einwohnerwerten (EW) entsprechen. Dieser Begriff der Leistungsstärke einer Anlage folgt hinsichtlich dem quantitativen Aspekt dem Verursacherprinzip, trägt aber auch durch die Definition des Einwohnergleichwertes qualitative Elemente in sich.

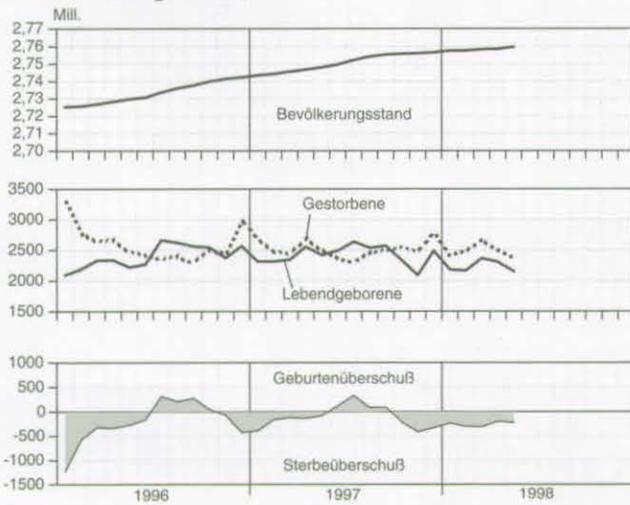
Von den 802 Abwasserbehandlungsanlagen im Berichtsjahr 1995 hatten neun, das sind 1 % des gesamten Anlagebestandes, eine Ausbaugröße von je 100 000 und mehr EW. Die Anlagen dieser Ausbaugröße nahmen mehr als die Hälfte (54 %) des gesamten Abwasseraufkommens (203 Mill. m³) Schleswig-Holsteins auf. Solche leistungsstarken Anlagen, die alle als biologische Anlagen mit weitergehender Behandlung konzipiert sind, befinden sich in den bevölkerungsdichten Regionen, nämlich in oder nahe den kreisfreien Städten Flensburg, Kiel, Neumünster

und Lübeck, in der Randlage Hamburgs und in der Nähe der Städte Rendsburg und Eckernförde. Wegen der Industrieansiedlung im Gebiet um Brunsbüttelkoog und der vom Tourismus bevorzugten Kreise Dithmarschen und Ostholstein sind auch dort Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße von mindestens 100 000 EW notwendig. Demgegenüber gab es 1995 198 kleine Anlagen, die alle eine Ausbaugröße von weniger als 200 EW hatten und in denen nicht einmal ein Prozent des gesamten Abwasseraufkommens behandelt wurde. Diese Kleinanlagen, zu denen im übrigen nicht Rechen- und Siebanlagen, Abschneider und Hauskläranlagen zäh-

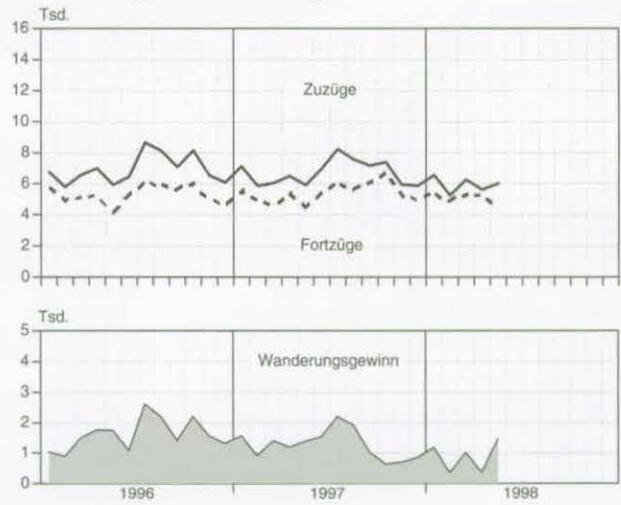
len, sind über ganz Schleswig-Holstein gestreut, um so auch die Abwasserbeseitigung der Haushalte in den weniger dicht besiedelten Regionen zu gewährleisten. Wie wichtig die Anlagen mit geringerer Kapazität für die Abwasserentsorgung vor Ort sind, sieht man daran, daß 1995 zwei Drittel aller Anlagen Schleswig-Holsteins eine Leistungsfähigkeit von weniger als 1 000 EW aufwiesen, in denen aber nur knapp 5 % des Abwasservolumens in Höhe von 203 Mill. m³ behandelt wurden. Andererseits hatten die 69 Anlagen der Ausbaugröße 10 000 und mehr EW 85 % des gesamten Abwassers aufgenommen und behandelt.

Fritz Wormeck

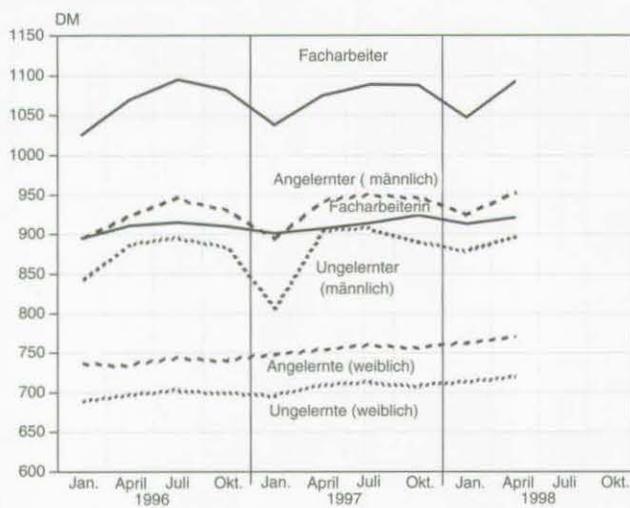
Bevölkerungsstand



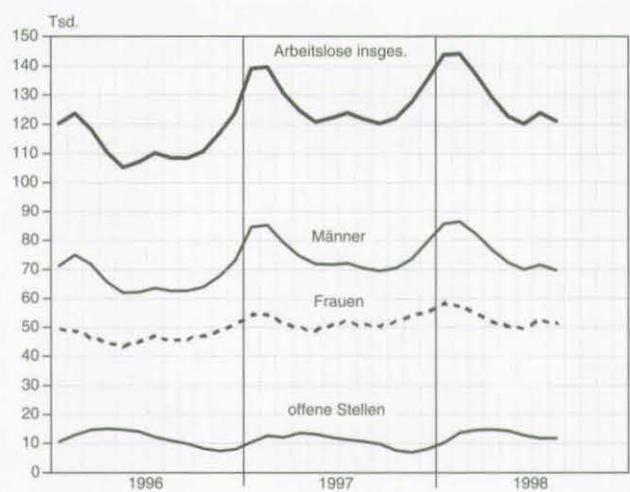
Bevölkerungsveränderung



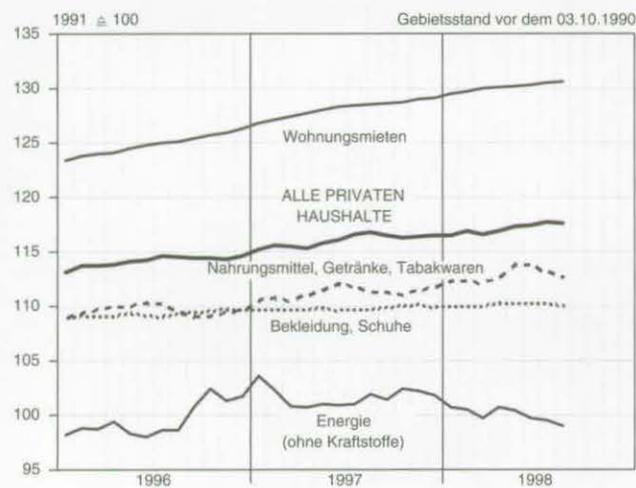
Bruttowochenverdienste



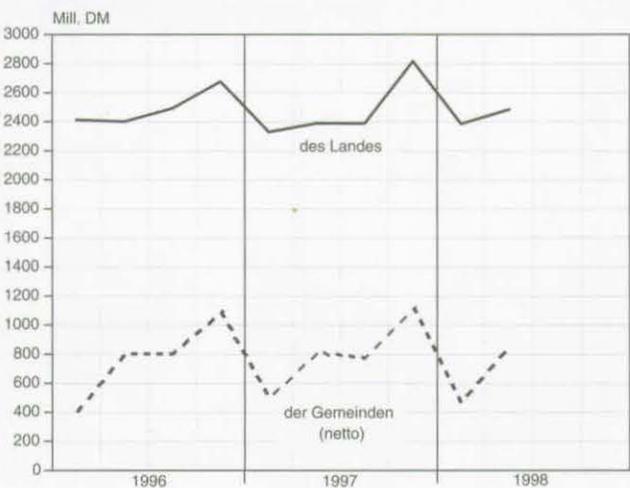
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

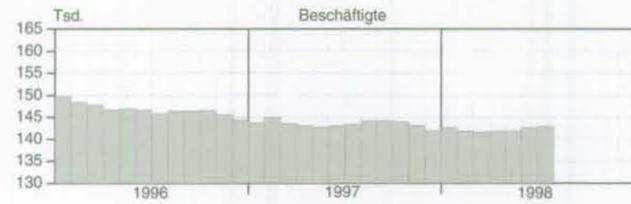
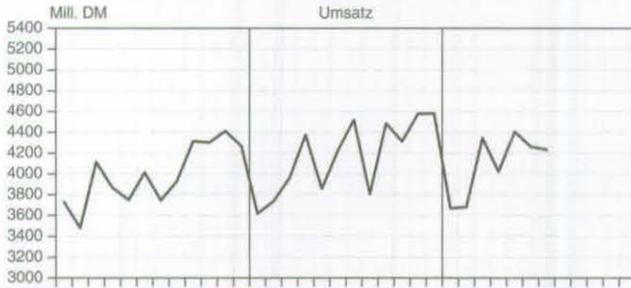


Steuereinnahmen

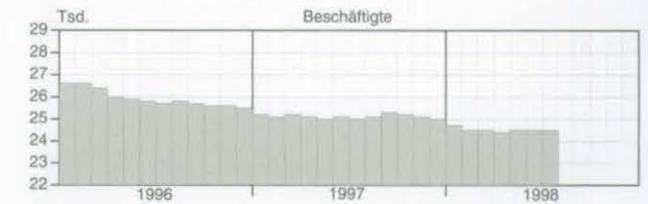
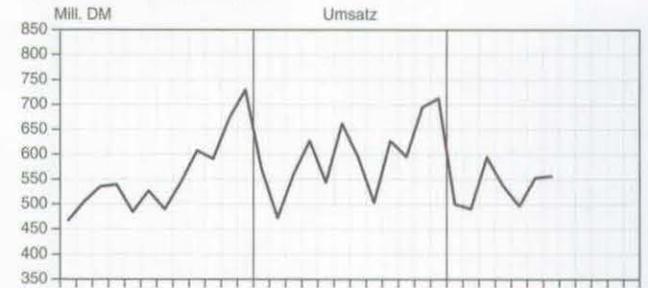


Verarbeitendes Gewerbe

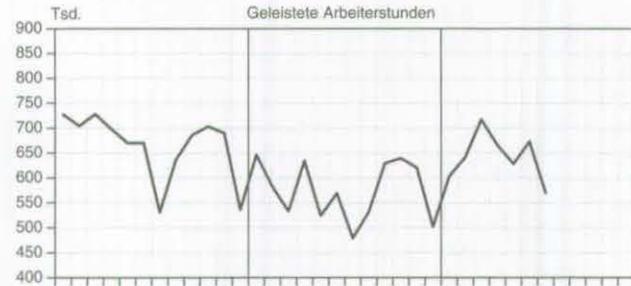
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



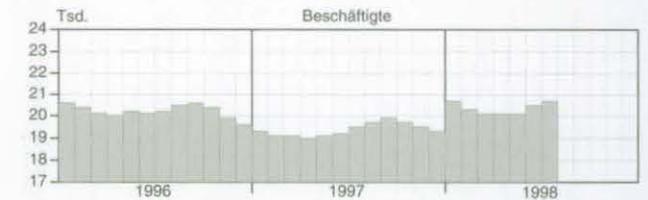
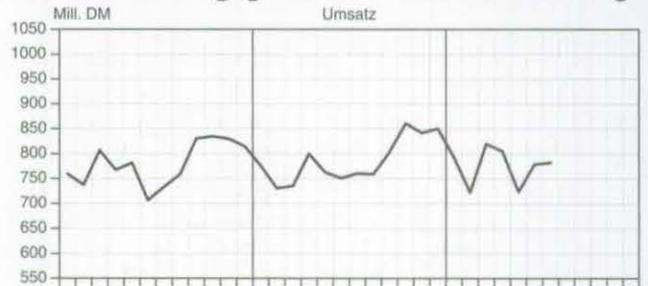
darunter Maschinenbau



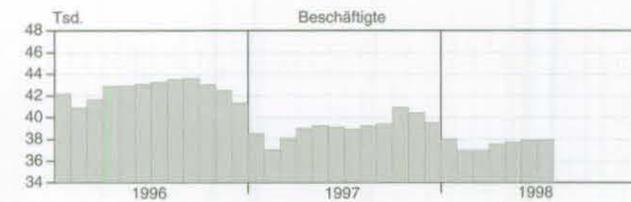
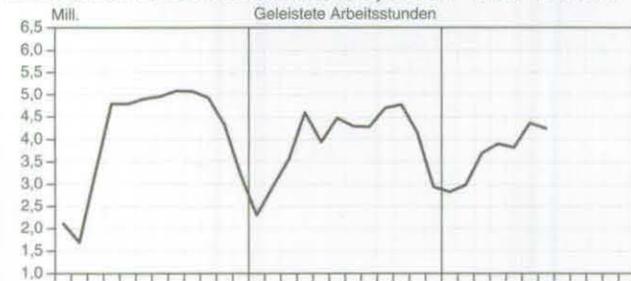
darunter Schiffbau



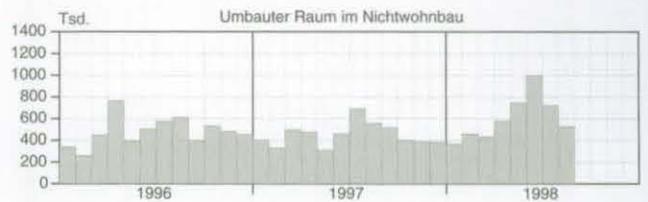
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

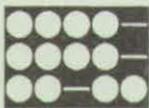


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen.....</i>	4
<i>Zahlenspiegel.....</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		Juli 1998		Januar bis Juli 1998	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	1 909	- 28,3	2 179	- 21,8
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	143	- 1,9	142	- 2,3
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	+ 0,8	12	- 1,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	724	- 2,9	726	- 1,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 230	- 6,1	4 087	+ 1,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 032	+ 0,1	2 873	+ 1,4
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 199	- 18,8	1 214	+ 2,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige					
aus dem Inland			+ 8,5		+ 7,9
aus dem Ausland			+ 48,5		+ 18,4
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	38	- 6,7	38	- 5,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 6,3	4	- 5,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	156	- 9,5	139	- 5,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	578	- 11,3	457	- 3,0
Auftragseingang ³	Mill. DM	293	+ 5,5	275	- 5,4
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 942	+ 11,3	1 595	- 0,3
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	720	+ 4,7	612	+ 35,9
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	114,9	+ 3,0	105,3	+ 2,6
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	128,8	- 4,5	96,0	- 0,8
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	509	- 2,7	331	+ 0,4
Übernachtungen	1 000	3 299	- 5,3	1 613	- 3,4
Arbeitsmarkt			Mai 1998		Januar bis Mai 1998
Arbeitslose	Anzahl	122 714	+ 1,6	136 670	+ 4,1
Offene Stellen	Anzahl	14 262	+ 8,6	12 881	+ 5,4
Kurzarbeiter	Anzahl	4 139	- 47,5	5 613	- 39,9
Insolvenzen			Juli 1998		Januar bis Juli 1998
Anzahl		90	- 5,3	88	+ 6,2

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1997	August 1997	Sept. 1997	Okt. 1997	Nov. 1997	Dez. 1997	Jan. 1998	Febr. 1998	März 1998	April 1998	Mai 1998	Juni 1998	Juli 1998
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 2,6	- 2,0	- 2,2	- 2,1	- 2,0	- 2,0	- 2,4	- 2,8	- 2,9	- 2,5	- 2,1	- 1,8	- 1,9
	Bund	- 3,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,2	- 1,8	- 1,3	- 1,2	- 0,8	r 0,6	- 0,4	p+ 1,3	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 4,2	- 7,5	- 2,4	- 1,9	- 5,5	- 1,3	- 6,1	- 2,6	+ 4,6	- 6,1	- 1,4	- 0,0	+ 0,8
	Bund	- 3,2	- 6,8	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 2,0	- 3,0	+ 0,1	+ 8,8	- 4,7	+ 5,3	p- 0,4	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 1,2	+ 0,9	+ 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 0,5	- 3,0	+ 0,2	- 0,9	- 0,9	- 5,2	+ 1,0	- 2,9
	Bund	- 1,7	- 2,7	- 1,9	- 1,0	- 0,4	+ 0,4	- 0,6	= 0,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	p+ 3,5	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 5,6	- 1,6	+ 7,6	+ 1,3	+ 5,1	+ 8,6	+ 1,7	- 1,0	+ 10,3	- 7,5	+ 14,9	+ 1,3	- 6,1
	Bund	+ 4,8	+ 3,4	+ 7,9	+ 4,6	+ 3,9	+ 7,2	+ 2,5	+ 4,9	+ 15,7	- 2,6	+ 7,2	p+ 0,9	...
Inlandsumsatz	Land	+ 0,4	+ 4,3	+ 2,4	- 0,9	+ 4,2	+ 1,7	+ 0,3	- 1,6	+ 10,4	- 7,3	+ 6,9	+ 1,1	+ 0,1
	Bund	+ 1,5	- 0,7	+ 4,2	+ 1,1	+ 0,0	+ 3,7	- 0,1	+ 2,0	+ 12,5	- 5,3	+ 4,7	p- 2,2	...
Auslandsumsatz	Land	+ 20,2	+ 6,2	+ 22,0	+ 7,6	+ 7,2	+ 24,9	+ 5,3	+ 0,4	+ 10,1	- 8,1	+ 35,8	+ 1,6	- 18,8
	Bund	+ 12,4	+ 13,2	+ 16,1	+ 12,1	+ 12,3	+ 15,0	+ 8,1	+ 10,7	+ 22,2	+ 3,1	+ 12,4	p+ 7,1	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 4,1	+ 9,1	+ 13,5	+ 17,1	+ 1,5	+ 33,9	+ 13,7	+ 3,3	+ 19,3	+ 8,7	+ 12,8	+ 5,4	+ 23,4
	Bund	+ 6,5	+ 5,5	+ 13,4	+ 7,0	+ 5,9	+ 11,8	+ 6,5	+ 8,4	+ 17,5	- 0,9	+ 8,9	+ 1,0	...
aus dem Inland	Land	- 2,8	+ 4,2	+ 12,6	+ 24,5	- 0,9	+ 18,3	+ 6,5	+ 5,7	+ 13,9	+ 0,1	+ 7,8	+ 13,1	+ 8,5
	Bund	+ 1,7	- 0,6	+ 5,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,9	+ 16,6	- 1,7	+ 8,3	- 0,1	...
aus dem Ausland	Land	+ 17,4	+ 19,7	+ 15,1	+ 5,2	+ 5,6	+ 60,0	+ 26,2	+ 0,5	+ 28,6	+ 22,8	+ 20,9	- 5,2	+ 48,5
	Bund	+ 14,1	+ 15,5	+ 26,4	+ 12,8	+ 10,2	+ 20,4	+ 7,0	+ 10,4	+ 19,1	+ 0,4	+ 9,8	+ 2,4	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 3,5	- 12,5	-	-	- 0,8	-	-	- 1,7	-	-	- 1,0	-	-
	Bund	+ 1,3	+ 3,6	-	-	+ 0,6	-	-	+ 0,4	-	-	...	-	-
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	- 5,8	- 5,8	- 5,5	- 4,9	- 4,9	- 4,4	- 1,3	- 0,1	- 7,1	- 7,8	- 7,9	- 6,8	- 6,7
	Bund	- 6,7	- 6,3	- 5,8	- 5,7	- 5,3	- 5,2	- 2,1	- 2,1	- 6,5	- 8,1	- 7,9
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 1,1	- 11,2	- 2,4	- 3,0	- 3,9	- 8,4	+ 22,9	+ 1,3	- 2,0	- 19,8	- 8,3	- 6,7	- 6,3
	Bund	- 4,8	- 12,5	- 2,9	- 4,6	- 4,1	- 5,7	- 17,4	- 4,7	- 0,2	- 17,8	- 3,2
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 4,9	- 10,1	- 4,3	- 5,1	- 16,4	- 4,2	- 2,1	+ 1,1	- 6,3	- 0,2	- 12,9	- 4,4	- 9,5
	Bund	- 6,6	- 9,2	- 3,7	- 6,3	- 13,0	- 4,5	- 0,9	- 1,7	- 3,9	- 2,3	- 9,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 1,3	- 11,3	0,0	- 0,5	- 12,7	- 14,0	- 4,5	+ 6,7	+ 19,8	- 12,1	- 5,3	- 9,7	- 11,3
	Bund	- 2,0	- 8,0	- 2,5	- 3,3	- 6,4	- 4,9	+ 5,5	- 0,4	- 15,8	- 12,7	- 6,8
Auftragseingang ³	Land	+ 0,3	- 14,8	+ 20,9	+ 5,6	+ 21,7	- 8,8	- 7,1	- 5,0	+ 9,3	+ 10,7	- 25,2	- 15,7	+ 5,5
	Bund	- 5,4	- 11,3	- 0,8	- 4,0	- 8,6	- 5,2	- 6,0	- 9,6	+ 7,8	+ 2,7	- 1,2
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 10,4	- 1,9	+ 35,9	+ 18,1	+ 20,4	+ 17,1	+ 2,7	- 7,0	+ 18,1	- 20,8	- 3,0	+ 3,5	+ 11,3
	Bund	p- 4,1	- 3,3	+ 8,0	+ 3,5	+ 2,2	+ 12,8	- 9,6	- 19,4	+ 6,4	- 1,1	+ 9,3
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 6,2	- 8,9	+ 29,6	- 25,1	- 19,5	- 15,5	- 8,8	+ 39,1	- 13,3	+ 21,1	+ 140,5	+ 117,7	+ 4,7
	Bund	p- 0,5	+ 2,7	+ 4,1	+ 1,8	+ 8,7	- 6,1	- 2,2	- 2,1	+ 8,1	+ 21,0	+ 42,7
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	(+ 3,1)	(+ 1,4)	(+ 5,9)	(+ 5,3)	(+ 0,8)	(+ 6,9)	(+ 2,3)	(+ 4,9)	(+ 12,4)	r 3,1	r+ 0,4	r- 0,2	+ 3,0
	Bund	r± 0,0	r- 4,5	r+ 2,0	+ 2,8	- 3,5	+ 2,4	r- 1,1	+ 0,6	r+ 9,1	r- 4,0	r+ 2,2	- 2,2	+ 1,7
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	(r+ 2,8)	(r+ 7,4)	(r+ 5,4)	(r+ 3,5)	(r+ 5,7)	(r+ 7,9)	(r+ 8,2)	(r+ 4,8)	(r- 4,8)	r+ 2,6	r- 3,3	r- 2,1	- 4,5
	Bund	r- 0,4	r- 0,6	r+ 1,9	r- 1,0	r- 0,1	r+ 3,2	r+ 1,2	r+ 0,6	r- 3,1	r- 1,7	r- 1,1	- 3,9	- 3,7
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+ 2,5	+ 6,8	+ 3,2	+ 8,7	- 2,6	+ 1,0	+ 6,6	+ 1,9	- 15,9	p+ 11,7	p- 4,2	p+ 5,3	p- 2,7
	Bund	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,1	+ 3,2	- 0,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 3,2	+ 5,7	+ 0,1	+ 6,8	p+ 1,0	...
Übernachtungen	Land	- 3,8	+ 4,8	+ 1,0	+ 0,4	- 11,2	- 12,3	- 6,3	- 1,8	- 27,4	p+ 13,7	p- 6,4	p- 0,3	p- 5,3
	Bund	- 5,4	- 0,4	- 2,7	- 3,8	- 8,1	- 4,4	- 4,7	+ 0,1	- 4,8	+ 5,2	+ 2,2	p+ 0,6	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 12,2	+ 12,3	+ 10,9	+ 10,3	+ 9,1	+ 9,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,6	+ 1,6
	Bund	+ 8,0	+ 7,7	+ 6,7	+ 5,5	+ 4,1	+ 3,5	- 0,4	- 0,8	- 1,1	- 2,1	- 1,4
Offene Stellen	Land	- 6,1	- 2,5	- 0,8	- 7,4	- 7,9	+ 2,4	- 2,1	+ 8,5	+ 4,2	+ 9,0	+ 8,6
	Bund	+ 4,1	+ 7,3	+ 6,2	+ 6,3	+ 10,0	+ 11,1	+ 11,8	+ 12,2	+ 14,7	+ 19,8	+ 34,2
Kurzarbeiter	Land	+ 9,6	+ 28,2	+ 10,6	+ 15,7	+ 12,8	- 12,1	- 38,5	- 43,5	- 34,0	- 36,6	- 47,5
	Bund	- 35,4	- 46,6	- 49,7	- 53,8	- 46,6	- 45,3	- 52,9	- 50,6	- 44,3	- 43,6	- 35,0
Insolvenzen														
Anzahl	Land	- 0,4	+ 16,9	- 28,2	- 8,0	+ 56,5	- 22,7	- 18,3	+ 38,8	+ 26,0	- 22,7	+ 23,1	+ 7,5	- 5,3
	Bund	...	+ 9,6	+ 2,1	+ 5,5	+ 9,8	+ 9,9	+ 13,8	+ 0,8	+ 16,4	+ 7,4	+ 1,6	- 17,6	...

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 09/1998

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
1993	138	11	48	61	10	9	36	32	23	99 649	+ 2,8	92 559	- 0,5	92
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	106 833	+ 2,9	95 241	+ 1,1	91
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	109 250	+ 2,3	96 540	+ 1,4	91
1997	160	12	53	62	14	112 456	+ 2,9	98 605	+ 2,1	91

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
1993	1 424 ^a	431 ^a									
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a	.. ^a	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^a	402 ^a	1 308 ^a	.. ^a	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme	insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸		
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415	48
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
1997	143	89	142	4 638	4 359	49 737	14 861	172	831	5 383	3 412	41

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

² ab 1994 vorläufige Ergebnisse

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

⁸ ohne Eigenherzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	...	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraftfahrzeuge	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	1 000							Mill. DM				
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,0	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
				Mill. DM								
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	3 223	1 430	28 991	5 318	4 184

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1991 = 100)					Löhne und Gehälter ¹²						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohngebäude ¹⁰	Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁰		Industriearbeiter ¹³		Angestellte in Industrie ¹³ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte ¹⁰	landwirtschaftlicher Produkte ¹¹		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
			Bruttomonatsgehalt									
DM												
1993	101,4	90,6	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	91,7	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	91,6	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	91,1	115,3	114,1	109,6	1 022 ^a	734 ^a	5 419 ^a	3 870 ^a	6 254 ^a	4 769	3 594
1997	104,2	92,6	114,8	116,1	111,2	1 024 ^a	746 ^a	5 514 ^a	3 962 ^a	6 240 ^a	4 628	3 438

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr, ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspareinlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹⁰ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

¹¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet

¹² Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹³ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹⁴ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		(¹ Mai)	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	...	p 2 750	p 2 748	2 750	2 752	2 758
* Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	...	p 1 486	p 2 515	p 1 916	p 1 944	p 1 207
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 6,5	p 10,8	p 8,5	p 8,3	p 5,3
* Lebendgeborene	Anzahl	...	p 2 423	p 2 418	p 2 489	p 2 637	p 2 304
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 10,6	p 10,4	p 11,0	p 11,3	p 10,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	...	p 2 523	p 2 495	p 2 365	p 2 307	p 2 498
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 11,0	p 10,7	p 10,5	p 9,9	p 11,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	...	p 12	p 20	p 7	p 11	p 5
	je 1 000 Lebendgeborene	...	p 5,0	p 8,3	p 2,8	p 4,2	p 2,2
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	...	p - 100	p - 77	p + 124	p + 330	p - 194
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p - 0,4	p - 0,3	p + 0,5	p + 1,4	p - 0,9
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 921	6 704	5 905	6 974	8 230	5 604	5 995
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 677	1 489	1 539	1 505	1 875	1 126	1 172
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 306	5 423	4 512	5 423	6 023	5 240	4 523
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 110	1 168	1 076	1 129	1 355	1 036	1 015
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 615	+ 1 281	+ 1 393	+ 1 551	+ 2 207	+ 364	+ 1 472
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 945	11 316	9 785	10 692	12 294	10 792	10 107
* Wanderungsfälle	Anzahl	23 172	23 443	20 202	23 089	26 547	21 636	20 625
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	113	127	121	129	123
* darunter Männer	1 000	66	75	72	77	72
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	5,8	6,4	7,9	5,4	4,1
* darunter Männer	1 000	5,0	5,1	6,1	4,5	3,3
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	11,5	10,8	13,1	14,8	14,3
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 397 ^a	1 336 ^a	.	1 374	.	.	.	1 327	.
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	422 ^a	402 ^a	.	389	.	.	.	372	.
Schweine	1 000	1 293 ^a	1 308 ^a	.	.	.	1 328	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	119 ^a	124 ^a	.	.	.	124	.	.	.
darunter trächtig	1 000	83 ^a	89 ^a	.	.	.	89	.	.	.
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	31	30	35	30	26	29	30
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	109	106	103	107	104	110	114	119	125
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	0	0	1	0	0	0
* Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,8	20,7	19,0	19,0	20,3	19,5	18,8	20,2	20,7
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,6	10,8	9,3	9,0	10,5	9,2	8,1	9,1	9,1
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	9,9	9,6	9,3	9,6	9,4	10,0	10,4	10,8	11,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	307	302	306	305	305	307	309	309	304
Kälber	kg	136	136	136	135	138	127	138	138	137
Schweine	kg	91	91	91	91	90	92	92	91	91
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	29 010	29 607	30 271	30 363	29 890	30 581	28 606	26 628	30 503
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	61	61
* Milcherzeugung										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	200	196	218	201	194	207	214	197	190
Milchleistung je Kuh und Tag	%	96	96	98	98	97	98	98	98	97
	kg	15,6	15,6	17,0	16,3	15,2	17,2	17,2	16,4	15,2

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	147	146	144	145	143	142	142	143	143
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	92	91	90	90	89	87	88	88	89
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 320	12 063	11 478	11 992	11 390	11 844	11 323	11 989	11 679
* Lohnsumme	Mill. DM	397,2	392,1	410,7	405,5	383,6	363,6	379,3	407,3	379,8
* Gehaltssumme	Mill. DM	361,8	366,1	368,5	393,0	353,9	350,0	359,1	399,4	344,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 926	4 171	3 834	4 206	4 477	4 022	4 404	4 262	4 230
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 896	2 931	2 774	2 946	3 003	2 816	2 966	2 982	3 032
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 030	1 239	1 059	1 260	1 475	1 206	1 438	1 280	1 199
Kohleverbrauch	1 000 t	15	14	-	-	-	-	-	-	-
Gasverbrauch	Mill. kWh	426	449	-	-	-	-	-	-	-
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Heizölverbrauch	1 000 t	76	70	-	-	-	-	-	-	-
leichtes Heizöl	1 000 t	7	5	-	-	-	-	-	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	68	64	-	-	-	-	-	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	326	324	320	320	338	325	328	314	323
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	39	36	29	35	40	38	35	36
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 423	2 659	2 496	2 232	2 663	2 259	1 909
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 041	1 081	1 012	955	975	1 036	987
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³	...	-	-	-	-	-	-	-	-
Handwerk (Meßzahlen)³										
				2. Vj. 97			2. Vj. 98			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1994 = 100	90,0	90,0	-	89,9	-	-	-	...	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1994 = 100	93,3	93,4	-	95,3	-	-	-	...	-
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	42 566	40 115	40 978	40 667	40 660	37 550	37 729	37 894	37 931
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 093	4 048	4 168	4 672	4 520	3 901	3 821	4 360	4 236
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 006	2 059	2 159	2 344	2 272	1 958	1 951	2 191	2 133
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	942	876	835	984	957	857	799	898	864
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 098	1 065	1 127	1 278	1 242	1 055	1 033	1 210	1 165
* Lohnsumme	Mill. DM	133,5	126,2	134,5	128,2	140,0	124,9	114,3	122,0	125,5
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,3	32,4	31,3	33,6	33,0	30,8	30,1	32,6	30,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	541,5	534,4	497,9	609,6	652,2	474,7	471,4	550,3	578,3
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	291,5	292,3	388,8	400,5	277,4	320,6	290,9	337,7	293,3
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
				2. Vj. 97			2. Vj. 98			
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	12 296	12 693	-	12 760	-	-	-	12 018	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 357	1 477	-	4 227	-	-	-	3 946	-
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	48,1	49,4	-	148,1	-	-	-	141,0	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	145,0	142,3	-	415,2	-	-	-	410,7	-

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	729	842	972	948	951	1 065	942	1 043	1 230
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	561	682	823	767	760	933	788	893	1 049
2 Wohnungen	Anzahl	92	86	94	108	118	63	94	86	110
* Rauminhalt	1 000 m³	694	761	791	807	866	900	785	890	1 012
* Wohnfläche	1 000 m²	132	148	154	158	168	171	153	171	195
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	105	103	100	113	140	107	136	150	144
* Rauminhalt	1 000 m³	479	449	309	457	688	575	743	995	720
* Nutzfläche	1 000 m²	79	76	54	82	111	101	132	154	111
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 641	1 757	1 716	1 747	1 926	1 869	1 643	1 895	2 136
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 223,8	1 373,9	1 340,1	1 486,0	1 355,9	1 482,9	1 310,8	1 450,7	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	156,5	134,0	126,7	140,8	99,3	135,4	123,5	131,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 067,3	1 239,9	1 213,4	1 345,2	1 256,7	1 347,5	1 187,3	1 319,7	...
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	25,0	27,7	33,3	37,3	28,9	20,2	27,7	19,5	...
* Halbwaren	Mill. DM	68,4	76,5	88,5	63,3	87,1	69,7	63,2	91,6	...
* Fertigwaren	Mill. DM	973,9	1 135,7	1 091,6	1 244,6	1 140,6	1 257,6	1 096,3	1 208,6	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	150,3	181,5	178,7	180,5	187,7	182,8	159,9	179,2	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	823,5	954,1	912,9	1 064,1	952,9	1 074,9	936,4	1 029,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	676,1	700,3	832,2	781,2	667,4	913,6	680,7	766,5	...
darunter										
Niederlande	Mill. DM	98,5	102,7	108,3	124,0	96,5	119,6	78,6	115,8	...
Frankreich	Mill. DM	90,1	91,6	96,8	108,4	86,2	112,9	96,9	102,7	...
Italien	Mill. DM	87,9	91,9	144,7	117,7	92,8	128,8	113,9	80,1	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,7	96,7	149,8	97,7	95,5	101,1	100,8	122,6	...
Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	102,0	105,2	108,1	106,1	111,6	107,9	108,5	105,9	114,9
Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	97,4	100,1	119,3	115,4	134,9	100,0	115,4	113,0	128,8
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	330	338	473	448	523 p	330 p	453 p	472 p	509 p
* darunter von Auslandsgästen	1 000	26	28	30	36	53 p	28 p	32 p	37 p	56 p
* Übernachtungen	1 000	1 800	1 731	2 178	2 356	3 483 p	1 527 p	2 039 p	2 350 p	3 299 p
* darunter von Auslandsgästen	1 000	55	57	59	74	99 p	57 p	64 p	72 p	104 p
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 989	1 919	2 055	1 823	1 970	1 801	1 849
Güterversand	1 000 t	1 221	1 140	1 258	1 071	985	1 144	1 169
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	151	156	91	229	192	185	156	176	...
* Güterversand	1 000 t	185	169	140	209	175	205	235	207	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	10 860	11 131	12 197	12 865	11 571	11 408	11 698	12 363	...
darunter										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	745	863	1 417	1 286	1 123	1 457	1 375	1 165	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 289	9 350	9 813	10 468	9 516	8 951	9 261	10 107	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	568	636	640	736	582	598	632	742	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 192	1 212	1 330	1 406	1 473	1 103 r	1 450 p	1 321 p	1 272 p
* Getötete Personen	Anzahl	22	24	27	26	24	30 r	31 p	18 p	24 p
* Verletzte Personen	Anzahl	1 567	1 602	1 776	1 900	1 968	1 442 r	1 878 p	1 720 p	1 751 p

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998				
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
GELD UND KREDIT											
Insolvenzen											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	80	65	93	95	58	80	100	90	
* Unternehmen	Anzahl	66	65	55	79	78	51	64	80	73	
* übrige Gemeinschaftsdner	Anzahl	14	15	10	14	17	7	16	20	17	
* Beantragte Konkurse	Anzahl	80	80	65	93	95	58	80	100	90	
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	55	52	45	60	61	38	47	66	47	
Kredite und Einlagen¹											
		4-Monats-durchschnitt²									
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	134 465	144 326	-	142 926	-	-	-	-	-	
darunter											
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	131 358	140 341	-	139 099	-	-	-	-	-	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 099	16 781	-	17 185	-	-	-	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 505	16 480	-	16 930	-	-	-	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	594	301	-	255	-	-	-	-	-	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 889	7 600	-	7 691	-	-	-	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 186	6 511	-	6 480	-	-	-	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 702	1 089	-	1 211	-	-	-	-	-	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	107 371	115 960	-	114 223	-	-	-	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	80 446	87 690	-	86 765	-	-	-	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	26 926	28 270	-	27 458	-	-	-	-	-	
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	88 381	93 609	-	92 150	-	-	-	-	-	
Sichteinlagen und Termingelder											
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	58 899	61 877	-	61 174	-	-	-	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	52 919	55 902	-	55 213	-	-	-	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 980	5 975	-	5 961	-	-	-	-	-	
Spareinlagen	Mill. DM	28 466	30 238	-	29 983	-	-	-	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 038	29 780	-	29 513	-	-	-	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	429	458	-	470	-	-	-	-	-	
STEUERN											
Steueraufkommen nach der Steuerart											
		Vierteljahres-durchschnitt			2. Vj. 97			2. Vj. 98			
Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	3 991	4 011	-	3 740	-	-	-	3 986	-	
Lohnsteuer	Mill. DM	1 955	1 934	-	1 793	-	-	-	1 797	-	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	201	194	-	137	-	-	-	157	-	
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	70	93	-	58	-	-	-	120	-	
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	52	47	-	32	-	-	-	32	-	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	255	291	-	368	-	-	-	364	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 382	1 373	-	1 277	-	-	-	1 435	-	
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	76	79	-	74	-	-	-	81	-	
Landessteuern	Mill. DM	312	295	-	308	-	-	-	332	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	64	20	-	22	-	-	-	14	-	
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	90	-	89	-	-	-	101	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	125	127	-	140	-	-	-	154	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	451	498	-	508	-	-	-	575	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	8	-	-	-	8	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	107	112	-	108	-	-	-	111	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	316	r 358	-	369	-	-	-	435	-	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft											
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	1 818	1 830	-	1 710	-	-	-	1 842	-	
Lohnsteuer	Mill. DM	831	822	-	762	-	-	-	764	-	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	86	82	-	58	-	-	-	67	-	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	128	145	-	184	-	-	-	182	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	698	693	-	645	-	-	-	735	-	
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19	19	-	18	-	-	-	20	-	
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	192	190	-	179	-	-	-	133	-	
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 010	2 020	-	1 889	-	-	-	1 975	-	
Steuereinnahmen des Landes ⁵	Mill. DM	2 495	2 481	-	2 389	-	-	-	2 484	-	
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 070	2 101	-	2 001	-	-	-	2 010	-	
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	936	913	-	843	-	-	-	837	-	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	81	78	-	54	-	-	-	60	-	
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	115	145	-	170	-	-	-	129	-	
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	801	823	-	808	-	-	-	824	-	
Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	58	60	-	56	-	-	-	63	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	847	885	-	816	-	-	-	863	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶	Mill. DM	r 773	r 806	-	305	-	-	-	355	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	r 371	361	-	347	-	-	-	340	-	

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1988 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁴ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁵ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁶ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1996	1997	1997			1998			
	Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	97,8	100,9	100,8	100,6	101,2	99,8	99,2	98,3	...
Ausfuhrpreise ²	103,5	105,1	104,9	105,2	105,4	105,7	105,5	105,5	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²	98,8	100,7	101,0	100,9	101,1	99,6	99,2	98,7	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ²	103,5	104,7	104,6	104,7	104,8	104,7	104,7	104,6	104,4
landwirtschaftlicher Produkte ²	91,1	92,5	96,6	93,1	92,4	90,9	p 88,8	p 89,1	...
* Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹ 1995=100	99,8	99,1	99,1	99,0
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	105,6	107,5	109,6	108,4	107,7	105,9	104,7	104,3	...
Einzelhandelspreise	107,6	108,2	108,2	108,2	108,2	108,7	109,1	109,1	108,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	114,1	116,1	115,8	116,1	116,6	116,9	117,3	117,4	117,7
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	109,6	111,2	111,7	112,0	111,8	112,6	113,8	113,8	113,2
Bekleidung, Schuhe ¹	109,3	109,8	109,8	109,7	108,6	110,2	110,3	110,3	110,2
Wohnungsmieten ¹	124,8	128,1	128,0	128,3	128,4	130,1	130,2	130,3	130,5
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	99,6	101,7	101,0	100,9	101,0	100,7	100,4	99,7	99,5
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	110,9	111,6	111,6	111,6	111,6	112,4	112,6	112,6	112,7
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 022	1 024	.	.	1 036	1 037
darunter Facharbeiter	1 075	1 078	.	.	1 089	1 092
weibliche Arbeiter	734	746	.	.	750	758
darunter Hilfsarbeiter	698	708	.	.	713	718
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,71	26,84	.	.	26,87	27,44
darunter Facharbeiter	28,27	28,45	.	.	28,51	29,15
weibliche Arbeiter	19,59	19,99	.	.	20,09	20,38
darunter Hilfsarbeiter	18,49	18,84	.	.	18,99	19,18
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,1	38,0	.	.	38,5	37,8
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,4	37,3	.	.	37,4	37,2
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe ⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 434	6 567	.	.	6 559	6 697
weiblich	4 495	4 624	.	.	4 634	4 743
technische Angestellte									
männlich	6 575	6 579	.	.	6 602	6 713
weiblich	4 520	4 573	.	.	4 587	4 688
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 076	5 157	.	.	5 141	5 246
weiblich	3 689	3 774	.	.	3 769	3 850
technische Angestellte									
männlich	4 810	4 773	.	.	4 771	4 952
weiblich	3 354	3 240	.	.	3 287	3 161
Produzierendes Gewerbe ⁴ ; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 419	5 514	.	.	5 500	5 618
weiblich	3 870	3 962	.	.	3 959	4 054
technische Angestellte									
männlich	6 254	6 240	.	.	6 254	6 434
weiblich	4 413	4 466	.	.	4 479	4 577

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.04.1998			Bevölkerungsveränderung im April 1998			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1998 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
FLensburg	85 464	- 0,0	- 0,9	- 18	+ 6	- 12	29	-	37
KIEL	239 457	- 0,2	- 1,4	- 75	- 327	- 402	117	-	159
LÜBECK	214 860	- 0,1	- 0,3	- 68	- 119	- 187	103	-	137
NEUMÜNSTER	81 206	- 0,2	- 0,6	- 10	- 147	- 157	51	1	61
Dithmarschen	135 940	+ 0,1	+ 0,5	- 1	+ 87	+ 86	73	5	99
Herzogtum Lauenburg	174 556	+ 0,0	+ 1,0	- 15	+ 98	+ 83	71	2	98
Nordfriesland	162 374	+ 0,0	+ 0,6	+ 17	+ 60	+ 77	89	2	133
Ostholstein	199 748	+ 0,1	+ 0,6	- 50	+ 209	+ 159	117	2	169
Pinneberg	286 920	+ 0,0	+ 0,6	- 11	+ 84	+ 73	122	1	172
Plön	129 230	+ 0,0	+ 1,3	- 17	+ 70	+ 53	66	2	98
Rendsburg-Eckernförde	264 138	+ 0,0	+ 1,0	+ 35	+ 59	+ 94	115	2	157
Schleswig-Flensburg	193 514	+ 0,1	+ 1,0	+ 40	+ 174	+ 214	78	5	104
Segeberg	242 624	+ 0,1	+ 1,0	+ 51	+ 103	+ 154	111	2	143
Steinburg	135 119	+ 0,0	+ 0,6	- 35	+ 43	+ 8	47	-	57
Stormarn	213 203	- 0,0	+ 0,7	- 37	- 36	- 73	83	-	127
Schleswig-Holstein	2 758 351	+ 0,0	+ 0,4	- 194	+ 364	+ 170	1 272	24	1 751

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1998		
	Betriebe am 31.07.1998	Beschäftigte am 31.07.1998	Umsatz ⁴ im Juli 1998 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLensburg	51	9 042	410	44 648	38 784	454
KIEL	102	14 905	364	121 641	104 748	437
LÜBECK	115	14 644	436	109 598	94 841	441
NEUMÜNSTER	68	6 886	142	47 313	40 279	496
Dithmarschen	64	6 755	368	90 866	71 685	527
Herzogtum Lauenburg	96	7 966	153	113 210	95 635	548
Nordfriesland	59	3 134	92	110 484	88 403	544
Ostholstein	83	5 602	147	126 644	105 982	531
Pinneberg	182	16 779	470	177 425	150 404	524
Plön	40	2 400	48	80 729	66 747	516
Rendsburg-Eckernförde	105	7 455	205	173 638	142 467	539
Schleswig-Flensburg	78	4 197	117	129 772	104 043	538
Segeberg	186	15 940	518	169 971	142 158	586
Steinburg	76	7 750	226	88 128	71 220	527
Stormarn	175	19 493	534	144 718	123 947	581
Schleswig-Holstein	1 480	142 948	4 230	1 728 785	1 441 343	523

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.04.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: April 1998

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12.1997		Arbeitslose Ende Mai 1998			Kurzarbeiter Mitte Mai 1998	offene Stellen Ende Mai 1998	Be- schäftigte am 31.05.1998	Umsatz ³ im Mai 1998	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%	%					
Baden-Württemberg	10 396,6	+ 0,2	341,8	- 9,4	7,7	14,5	68,4	1 239	32 051	37
Bayern	12 066,4	+ 0,2	390,2	- 6,6	7,6	13,0	78,8	1 181	32 805	37
Berlin	3 425,8	- 1,0	272,4	+ 3,6	17,9	5,1	10,3	121	4 717	20
Brandenburg	2 573,3	+ 0,7	220,6	+ 5,8	18,7	7,7	13,6	93	2 273	15
Bremen	673,9	- 0,6	45,7	- 1,4	16,4	1,9	3,9	66	2 737	50
Hamburg	1 704,7	- 0,2	89,2	- 1,8	12,5	2,7	6,7	103	7 353	17
Hessen	6 031,7	+ 0,1	249,5	- 2,2	9,8	6,3	27,7	469	12 486	33
Mecklenburg-Vorpommern	1 807,8	- 0,5	171,9	+ 7,9	20,5	4,4	12,3	44	892	12
Niedersachsen	7 845,4	+ 0,4	386,0	- 3,2	11,9	8,5	50,8	557	18 534	36
Nordrhein-Westfalen	17 974,5	+ 0,1	843,1	- 3,5	11,5	21,1	89,1	1 515	42 159	32
Rheinland-Pfalz	4 017,8	+ 0,4	151,6	- 4,2	9,4	3,9	31,8	310	9 333	41
Saarland	1 080,8	- 0,3	52,3	- 6,2	12,4	1,5	5,5	106	2 669	36
Sachsen	4 522,4	- 0,5	377,5	+ 5,0	18,6	9,8	30,7	210	4 101	21
Sachsen-Anhalt	2 701,7	- 0,8	271,3	+ 3,3	21,6	7,5	21,2	102	2 504	13
Schleswig-Holstein	2 756,5	+ 0,5	122,7	+ 1,6	10,7	4,1	14,3	142	4 404	33
Thüringen	2 478,1	- 0,5	211,4	+ 1,6	18,5	7,0	19,1	115	2 384	18
Bundesrepublik Deutschland	82 057,4	+ 0,1	4 197,3	- 1,4	12,0	119,2	483,9	6 372	181 402	33
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 688,0	+ 0,2	2 825,4	- 4,0	10,2	81,0	383,0	5 789	168 836	34
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 369,4	- 0,4	1 372,0	+ 4,6	19,4	38,2	100,9	583	12 566	17

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im April 1998		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁵ im Mai 1998				
	Beschäftigte am 31.03.1998	Baugewerblicher Umsatz ³ im März 1998			Zahl der genehmigten Wohnungen im März 1998	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹				Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
			%	%	%						
Baden-Württemberg	117	1 684	+ 14,9	4 968	985 470	2 893 903	+ 6,0	4 040	+ 10,7	5 409	134
Bayern	168	2 358	+ 15,6	8 365	1 505 533	4 754 923	+ 13,7	5 727	+ 4,2	7 831	137
Berlin	40	733	- 16,5	863	278 876	635 359	- 6,6	1 576	- 3,8	1 834	116
Brandenburg	59	880	+ 16,9	1 835	184 587	534 070	- 9,4	1 386	- 4,2	1 809	131
Bremen	7	131	+ 31,3	145	46 588	92 430	+ 0,6	301	+ 5,6	360	120
Hamburg	16	387	+ 7,9	384	209 767	369 735	+ 0,7	895	+ 13,9	1 158	129
Hessen	64	978	+ 6,8	2 923	631 951	1 690 274	- 6,5	2 561	+ 3,4	3 450	135
Mecklenburg-Vorpommern	40	526	+ 4,8	1 140	241 066	848 056	+ 31,8	1 005	+ 3,7	1 351	134
Niedersachsen	100	1 555	+ 31,2	3 066	748 029	2 698 453	+ 6,1	3 586	- 3,8	4 642	129
Nordrhein-Westfalen	178	2 938	+ 17,6	5 994	1 031 473	2 759 295	- 2,7	6 748	- 2,8	8 618	126
Rheinland-Pfalz	45	672	+ 30,9	2 486	419 557	1 287 372	+ 8,7	1 719	- 1,4	2 277	132
Saarland	12	169	+ 18,5	390	44 577	159 861	- 3,5	507	+ 12,2	652	129
Sachsen	101	1 271	+ 4,5	2 434	373 998	1 013 518	+ 2,1	1 653	- 13,3	2 135	129
Sachsen-Anhalt	68	842	+ 7,2	865	164 902	395 750	- 7,4	1 265	- 3,1	1 662	131
Schleswig-Holstein	37	520	+ 19,8	1 986	330 235	1 526 860	+ 13,7	1 450	+ 9,0	1 909	132
Thüringen	49	602	+ 7,3	744	209 043	579 532	+ 6,6	1 142	+ 4,2	1 617	142
Bundesrepublik Deutschland	1 101	16 247	+ 13,2	38 588	7 405 652	22 239 391	+ 5,3	36 386	+ 3,2	47 796	131
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	769	11 880	+ 15,6	30 996	6 149 551	18 683 798	+ 5,2	29 297	+ 4,8	38 436	131
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	331	4 367	+ 7,4	7 592	1 256 101	3 555 593	+ 5,6	7 089	- 2,9	9 360	132

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht